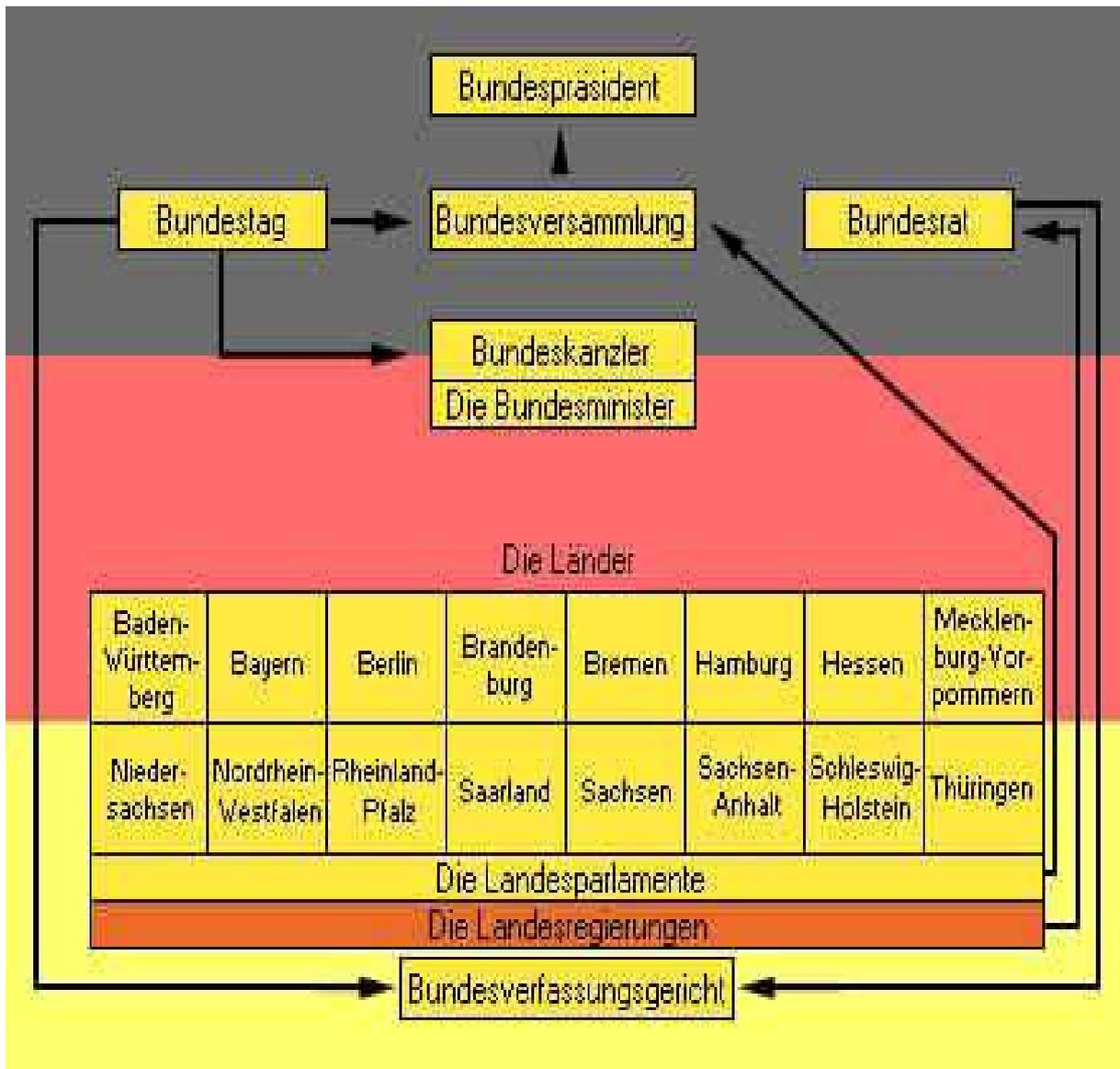


Deutsch als Fremdsprache Mittelstufe 2A

Bundestagswahlen 2005¹

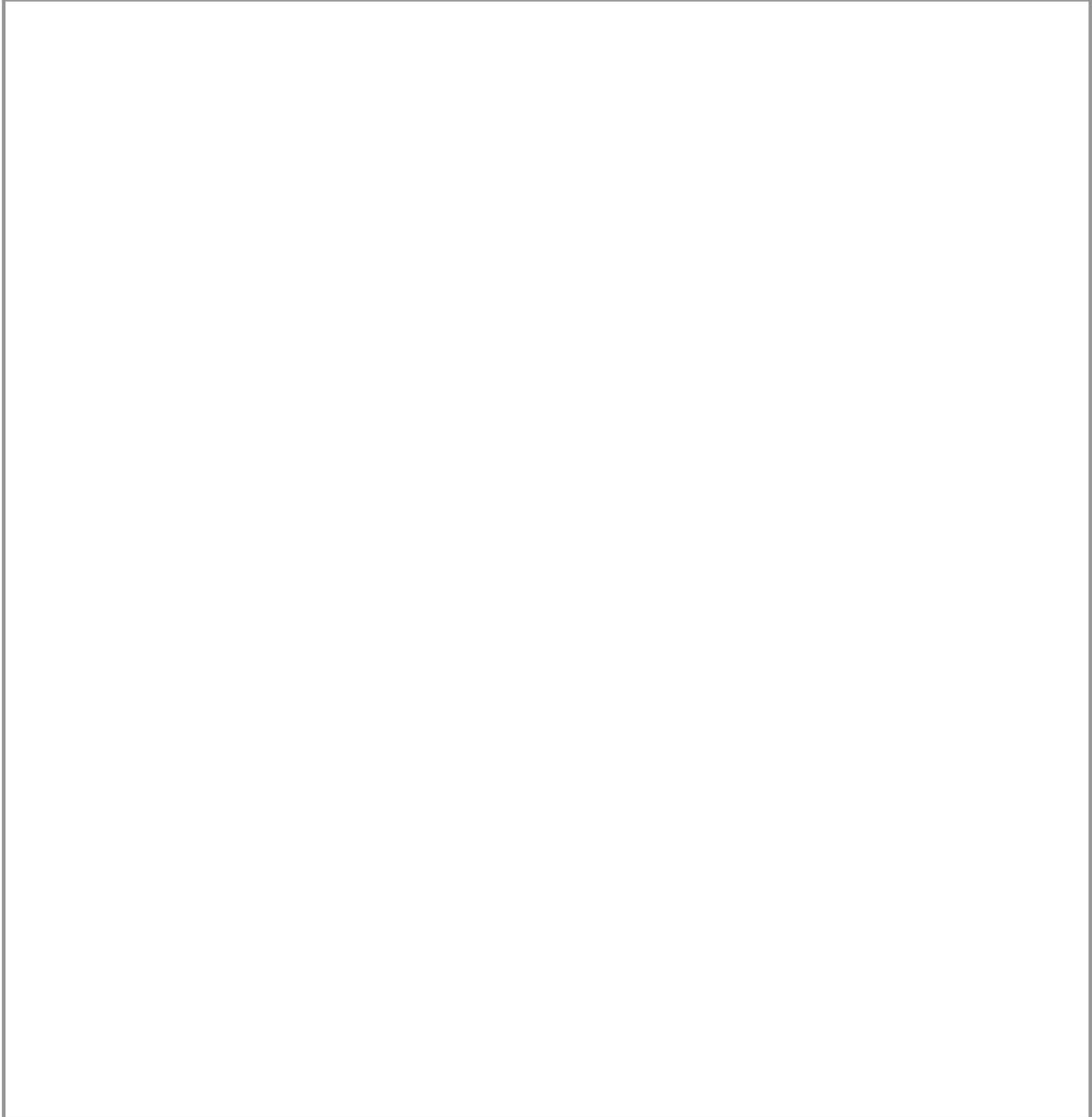


¹ Alle Artikel sind dem URL <http://www.dw-world.de> © Deutsche Welle entnommen worden



Aus dem TV –Duell am 4.09.2005

Hören Sie und notieren Sie! Die Porträts
Teil 1



<p>Schröder Geboren: Sein Ziel: Sein jetziger Job: Seine Kindheit:</p> <p>Sein Studium: SPD-Mitglied seit: Abgeordneter im : Ministerpräsident wie lange? Seit 1998 erster .. Farben der Koalition: Wiederwahl in: Warum?</p> <p>Er interessiert sich für: Seine Beziehung mit der Partei:</p>	<p>Angela Merkel Geboren : Wo: Aufgewachsen in : Ihr Ziel: Ihr Vater war: Ihre Kindheit: Studium: Ministerin für Frauen und Jugend im Jahre: Dann: Parteivorsitzende der CDU im Jahre: Das Verhältnis Stoiber Merkel : Wie lange an die CDU-Spitze : Ihr Verhältnis zur Partei:</p>
---	---

**Setzen Sie die folgenden Wörter (bzw. Wortteile) in die Lücken im Text:
Abgeordneter Amt Bundeskanzler kämpfen Ministerpräsident Mitglied Nein
Parteivorsitz Rechtsanwalt Rücktritt Spitzenkandidat. Verhältnissen**

Gerhard Schröder, Jahrgang 1944, geboren in Massenberg, Westfalen.
_____ seit 7 Jahren, sein Ziel: Er will Kanzler bleiben.
Schröder, der Junge aus armen _____, wächst ohne
Vater auf. Früh lernt er, sich durchzubeißen, hart zu _____ für seinen
Weg. „Acker“ nennen seine Mitspieler den noch heute Fußballbegeisterten
Schröder. Aus dem Lehrling einer Eisenwarenhandlung wird ein
_____. Der Jurist macht Karriere über den zweiten
Bildungsweg. SPD-_____ seit 42 Jahren. JUSO-Vorsitzender,
_____ im Deutschen Bundestag. 8 Jahre lang
_____ von Niedersachsen. Seit 1998 der erste
Kanzler einer rot-grünen Koalition. Wiederwahl 2002. Schröders entschiedenes
_____ zum Krieg im Irak verhilft ihm und seiner Partei zum Sieg. Seinen
Aufstieg schafft Schröder mehr gegen die Partei als mit ihrer Unterstützung. Als
Lafontaine, damals noch der SPD-Liebling, fluchtartig Amt und Partei verlässt, ist
es Schröder, der den _____ übernehmen muss. Ein
schwieriges Verhältnis. Nur mühsam erringt er Mehrheiten für seine
Reformagenda. Und seine Kritiker verstummen nicht. _____ vom
Parteivorsitz 2004. Jetzt tritt er noch einmal an als SPD-
_____ Gerhard Schröder kämpft um sein _____
und die Zukunft seiner Partei.

**Setzen Sie die folgenden Wörter (bzw. Wortteile) in die Lücken im Text:
aufgewachsen Blitzkarriere CDU-Spitze DDR Frauen Generalsekretärin
Kanzleramt Kanzlerin Pfarrer Physikerin stellvertretende Umweltministerin
Verhältnis Vorsitzenden**

Angela Merkel, Jahrgang 1954. Wohnt in Hamburg, _____
in der Ockermark, Ostdeutschland. Ihr Ziel: Sie will _____ werden.
Mit drei Jahren zieht Merkel von Hamburg nach Templin. Vom Westen in den
Osten: ungewöhnlich. Ihr Vater, _____, er geht in die DDR, um dort
die Kirche zu stärken. Sie lernt früh, dass es Pfarrerkinder in der _____ nicht
leicht haben. In der Schule erzählt sie nicht viel von Zuhause, passt sich an. Sie will
studieren, wird _____. Merkels Aufstieg, eine
_____. Sie wird _____
Regierungssprecherin der letzten DDR-Regierung, ihr Chef: Lothar de Maizière.
1991 wird sie Ministerin für _____ und Jugend, später dann
_____, und nach Kohls Wahlniederlage
_____. In der Spendenaffäre distanziert sie
sich frühzeitig von Kohl, für ihr Krisenmanagement wählt die Partei sie 2000 zur
_____. Sie war nie in der Jungen Union. Sie, die Frau aus
dem Osten, hatten die Männer aus dem Westen nicht auf der Rechnung. Ihre
schärfsten Kritiker loben sie jetzt nur noch. Das _____ Stoiber-
Merkel, oft ein Duell, jetzt geben sie ein Duett. Merkel hat sich in nur 15 Jahren an
die _____ durchgekämpft. Jetzt kämpft sie um die Macht im
_____.

Die Bilder aus dem Wahlkampf, die kennen wir bestens. Aber, wie sind die beiden eigentlich in ihre herausragenden Positionen gekommen? Aus welcher Familie stammen sie? Und welcher Kindheit? Wir zeigen Ihnen mal die wichtigsten Stationen aus dem Leben und der Karriere von Angela Merkel und Gerhard Schröder.

Gerhard Schröder, Jahrgang 1944, geboren in Massenberg, Westfalen. Bundeskanzler seit 7 Jahren, sein Ziel: Er will Kanzler bleiben.

Schröder, der Junge aus armen Verhältnissen, wächst ohne Vater auf. Früh lernt er, sich durchzubeißen, hart zu kämpfen für seinen Weg. „Acker“ nennen seine Mitspieler den noch heute Fußballbegeisterten Schröder. Aus dem Lehrling einer Eisenwarenhandlung wird ein Rechtsanwalt. Der Jurist macht Karriere über den zweiten Bildungsweg.

SPD-Mitglied seit 42 Jahren. JUSO-Vorsitzender, Abgeordneter im Deutschen Bundestag. 8 Jahre lang Ministerpräsident von Niedersachsen. Seit 1998 der erste Kanzler einer rot-grünen Koalition. Wiederwahl 2002. Schröders entschiedenes Nein zum Krieg im Irak verhilft ihm und seiner Partei zum Sieg.

Seinen Aufstieg schafft Schröder mehr gegen die Partei als mit ihrer Unterstützung. Als Lafontaine, damals noch der SPD-Liebling, fluchtartig Amt und Partei verlässt, ist es Schröder, der den Parteivorsitz übernehmen muss. Ein schwieriges Verhältnis. Nur mühsam erringt er Mehrheiten für seine Reformagenda. Und seine Kritiker verstummen nicht. Rücktritt vom Parteivorsitz 2004. Jetzt tritt er noch einmal an als SPD-Spitzenkandidat. Gerhard Schröder kämpft um sein Amt und die Zukunft seiner Partei.

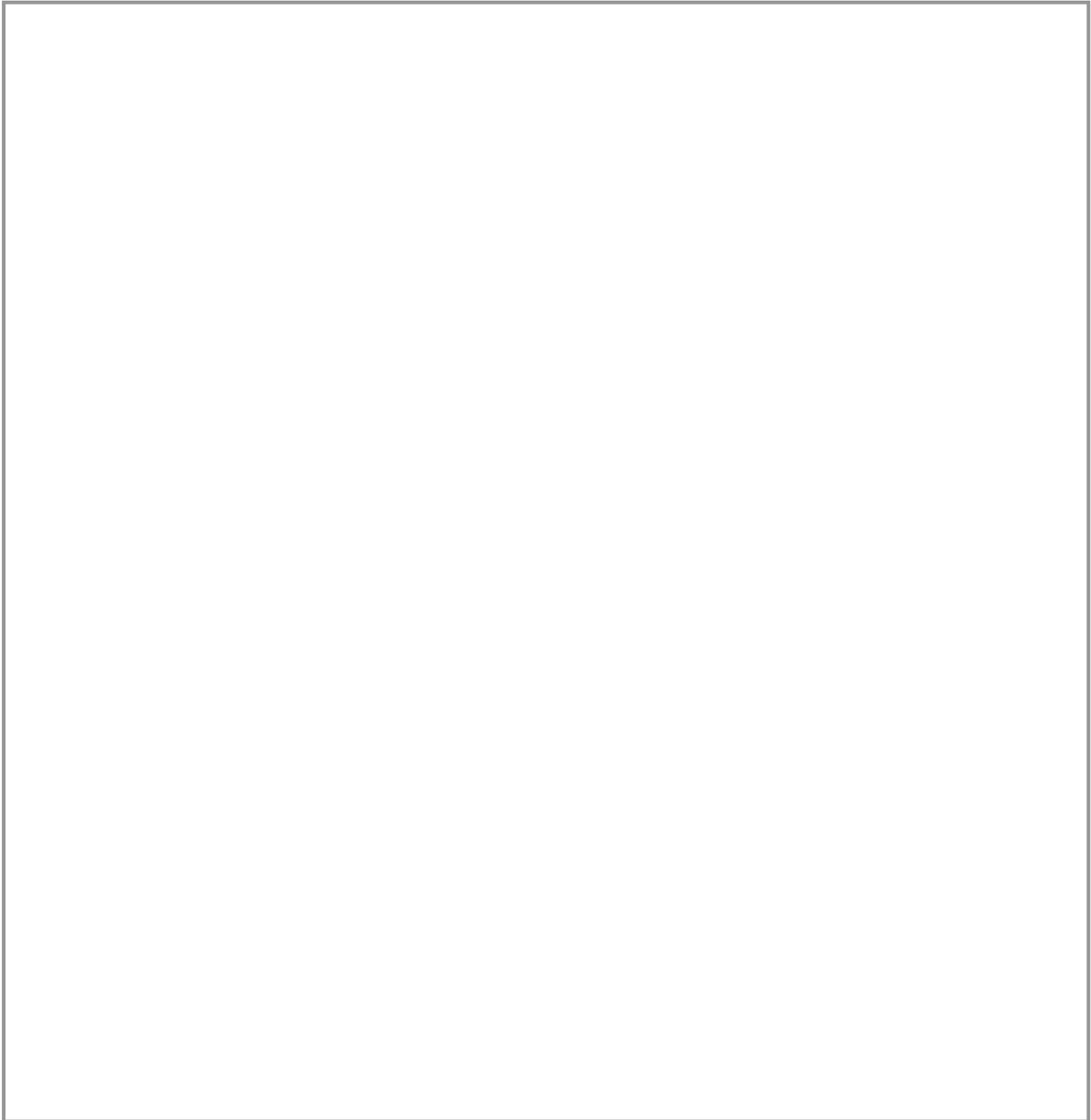
Angela Merkel, Jahrgang 1954. Wohnt in Hamburg, aufgewachsen in der Ockermark, Ostdeutschland. Ihr Ziel: Sie will Kanzlerin werden.

Mit drei Jahren zieht Merkel von Hamburg nach Templin. Vom Westen in den Osten: ungewöhnlich. Ihr Vater, Pfarrer, er geht in die DDR, um dort die Kirche zu stärken. Sie lernt früh, dass es Pfarrerkinder in der DDR nicht leicht haben. In der Schule erzählt sie nicht viel von Zuhause, passt sich an. Sie will studieren, wird Physikerin.

Merkels Aufstieg, eine Blitzkarriere. Sie wird stellvertretende Regierungssprecherin der letzten DDR-Regierung, ihr Chef: Lothar de Maizière. 1991 wird sie Ministerin für Frauen und Jugend, später dann Umweltministerin, und nach Kohls Wahlniederlage Generalsekretärin. In der Spendenaffäre distanziert sie sich frühzeitig von Kohl, für ihr Krisenmanagement wählt die Partei sie 2000 zur Vorsitzenden.

Sie war nie in der Jungen Union. Sie, die Frau aus dem Osten, hatten die Männer aus dem Westen nicht auf der Rechnung. Ihre schärfsten Kritiker loben sie jetzt nur noch. Das Verhältnis Stoiber-Merkel, oft ein Duell, jetzt geben sie ein Duett. Merkel hat sich in nur 15 Jahren an die CDU-Spitze durchgekämpft. Jetzt kämpft sie um die Macht im Kanzleramt.

Teil 2 die Schlussworte!
Hören Sie und notieren Sie!

A large, empty rectangular box with a thin black border, occupying the central portion of the page. It is intended for the student to write down the concluding words from the audio recording.

Was gehört zusammen?

Bekennung zur
Verantwortung

1

Ich bitte um Vertrauen für meine Politik, damit ich Deutschland weiter führen kann als ein Land, das als mittlere Macht seine Aufgabe darin sieht, den Ärmsten der Armen zu helfen, und die Konflikte dieser Welt friedlich zu lösen und Deutschland aus überflüssigen Kriegen, wie dem im Irak, wirklich heraushält.

Außenpolitik:
Humanismus und
Frieden

2

Zukunft und
Gerechtigkeit

3

Das ist meine Bitte an die Wählerinnen und Wähler und dafür stehe ich.

Zukunft und
Schöpfung

4

Ich bitte um neues Vertrauen für meine Politik. Eine Politik, die die sozialen Sicherungssysteme neu justiert, damit sie auch für unsere Kinder und deren Kinder noch das Maß an Sicherheit bieten können, was menschenmöglich ist.

Ich bitte um neues Vertrauen für eine Politik, die die Schöpfung bewahrt, weil sie die ökologische Notwendigkeit früher als andere erkannt hat und eine Energiepolitik betreibt, die bewusst auf erneuerbare Energien setzt.

Was gehört zusammen?

eine existentielle
Entscheidung

1

Und liebe Bürgerinnen und Bürger, ich kann Ihnen nicht versprechen, die Probleme von einem auf den anderen Tag zu lösen, aber ich sage Ihnen vor der Wahl, was wir nach der Wahl tun werden.

Ehrlichkeit und
Seriosität

2

Arbeit und
Soziales

3

Wir wollen nach AUSSEN ein starker, verlässlicher Partner sein in einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, einem Europa, das seine Grenzen klar definiert.

Deutschland in
Europa

4

eine
Infragestellung

5

Ich bin überzeugt: In Deutschland steckt mehr, die Menschen in diesem Lande können mehr, wir müssen unsere Chancen nutzen: Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Vision

6

Wir wollen nach INNEN, dass wir Vorfahrt für Arbeit haben, dass wir sagen, sozial ist, was Arbeit schafft und unsere Kinder eine bessere Zukunft haben.

Wahl und
Freiheit

7

Wenn Sie alle diese Fragen mit JA beantworten, dann haben Sie Ihre Wahlentscheidung wahrscheinlich gefällt, aber wenn Sie Zweifel haben, wenn Sie nicht wollen, dass es einfach so weiter geht, dann haben Sie die Wahl mit CDU und CSU.

Geht es unserem Land heute besser als vor 7 Jahren, als Rot-Grün antrat? Ist das Wachstum höher? Ist die Arbeitslosigkeit niedriger? Und haben wir weniger Bürokratie? Sind unsere Rente, Pflege, und Gesundheit sicherer?

Liebe Wählerinnen und Wähler, in zwei Wochen werden Sie Ihre Entscheidung über die Wahl fällen und vielleicht hilft Ihnen die Beantwortung einiger Fragen bei Ihrer Entscheidung.

Wir stoppen jetzt hier unsere Uhr. Für die Zuschauer zuhause noch mal der Blick drauf: es ist unglaublich, aber es ist tatsächlich so: Die Redezeit ist auf die Sekunde genau die gleiche, und wir haben uns vorgenommen, dass wir nach 90 Minuten Schluss machen. Jetzt sind wir schon ein kleines bisschen drüber. Wir wollen Ihnen beiden die Möglichkeit geben zu einem Schlusswort an die Wähler, an die Zuschauer. **Herr Bundeskanzler!**

Ich bitte um neues Vertrauen für meine Politik. Eine Politik, die die sozialen Sicherungssysteme neu justiert, damit sie auch für unsere Kinder und deren Kinder noch das Maß an Sicherheit bieten können, was menschenmöglich ist.

Ich bitte um neues Vertrauen für eine Politik, die die Schöpfung bewahrt, weil sie die ökologische Notwendigkeit früher als andere erkannt hat und eine Energiepolitik betreibt, die bewusst auf erneuerbare Energien setzt und ich bitte um Vertrauen für meine Politik, damit ich Deutschland weiter führen kann als ein Land, das als mittlere Macht seine Aufgabe darin sieht, den Ärmsten der Armen zu helfen, und die Konflikte dieser Welt friedlich zu lösen und Deutschland aus überflüssigen Kriegen, wie dem im Irak, wirklich heraushält.

Das ist meine Bitte an die Wählerinnen und Wähler und dafür stehe ich.

Das Wort der Herausforderin, Frau Merkel bitte!

Liebe Wählerinnen und Wähler, in zwei Wochen werden Sie Ihre Entscheidung über die Wahl fällen und vielleicht hilft Ihnen die Beantwortung einiger Fragen bei Ihrer Entscheidung.

Geht es unserem Land heute besser als vor 7 Jahren, als Rot-Grün antrat?

Ist das Wachstum höher? Ist die Arbeitslosigkeit niedriger? Und haben wir weniger Bürokratie? Sind unsere Rente, Pflege, und Gesundheit sicherer?

Wenn Sie alle diese Fragen mit JA beantworten, dann haben Sie Ihre Wahlentscheidung wahrscheinlich gefällt, aber wenn Sie Zweifel haben, wenn Sie nicht wollen, dass es einfach so weiter geht, dann haben Sie die Wahl mit CDU und CSU. Wir wollen nach INNEN, dass wir Vorfahrt für Arbeit haben, dass wir sagen, sozial ist, was Arbeit schafft und unsere Kinder eine bessere Zukunft haben. Wir wollen nach AUSSEN ein starker, verlässlicher Partner sein in einem Europa der Bürgerinnen und Bürger, einem Europa, das seine Grenzen klar definiert.

Und liebe Bürgerinnen und Bürger, ich kann Ihnen nicht versprechen, die Probleme von einem auf den anderen Tag zu lösen, aber ich sage Ihnen vor der Wahl, was wir nach der Wahl tun werden und ich bin überzeugt: In Deutschland steckt mehr, die Menschen in diesem Lande können mehr, wir müssen unsere Chancen nutzen: Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

Ganz herzlichen Dank, Frau Merkel. Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler.

Analysieren Sie diese Schlussworte!

- Welche Schwerpunkte werden genannt?
- Welche Kritiken werden geübt?
- Wo sind die Unterschiede im Ton?
- Auf welche Werte wird angespielt?

Zdf.de Mediathek „Perspektive Deutschland“ Video

Bilden Sie Gruppen. Übernehmen Sie die Rolle von und anhand der u.a. Texte stellen Sie sich der Gruppe vor!

21.07.2005

Joschka Fischer - Politstar der Extreme

Der ehemalige Turnschuh-Grüne und amtierende Außenminister Joschka Fischer ist heute - trotz Visa-Affäre - ein angesehener Staatsmann im Maßanzug - und wieder Spitzenkandidat der Grünen. Ein Porträt. Autor: Nina Werkhäuser

Joschka Fischer, Jahrgang 1948, kann in seiner politischen Biographie einige Premieren für sich beanspruchen: 1985 war er in Hessen der erste grüne Minister in der ersten rot-grünen Landesregierung. Bei seiner Vereidigung in weißen Turnschuhen, Jeans und Schlabber-Sakko demonstrierte Fischer den für ihn typischen Hang zur Selbstinszenierung, zu mutigen Auftritten, aber auch zur Provokation. Dass er einmal der erste grüne Bundesaußenminister werden würde, daran dachte zu diesem Zeitpunkt niemand. Zwar hatte Fischer von 1983 bis 1985 im Bundestag gesessen, dann aber ackerte der ehrgeizige "Realo" jahrelang auf Landesebene - teils in der Opposition, teils in der Regierung.

Sein Machtinstinkt war schon damals unverkennbar, und nicht selten schlug sein Selbstbewusstsein in autoritäres Gehabe um. Das Fachgebiet des früheren Taxifahrers, der nach der zehnten Klasse die Schule verlassen hatte, war die Umweltpolitik, sein bevorzugtes Schlachtfeld der Ausstieg aus der Atomenergie. Als Fischer 1994 nach Bonn in den Bundestag wechselte, wurden seine außenpolitischen Ambitionen erstmals sichtbar. Bis zur Bundestagswahl 1998 war er einer der beiden Fraktionsvorsitzenden der Grünen - und bekannt für seine scharfzüngigen Reden. Unvergessen ist zum Beispiel sein verbaler Angriff auf den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl: "Sie sitzen auf Ihrem Stuhl, breit und selbstzufrieden wie ein Buddha, und nehmen gar nicht mehr wahr, was in diesem Land wirklich vor sich geht", sagte er einmal in einer Bundestagssitzung.

Zerreißprobe Kosovo

Als SPD und Grüne 1998 die Bundestagswahl gewannen, wurde Fischer Vize-Kanzler im Kabinett von Gerhard Schröder und erster grüner Außenminister der Bundesrepublik. Die Regierungszeit begann wegen des Kosovo-Kriegs turbulent. Schröder und Fischer entschieden sich für eine deutsche Beteiligung an den Luftangriffen der Nato gegen Jugoslawien. "Diese Koalition war noch nicht gewählt, da hatte sie zum ersten Mal seit Bildung der Bundesrepublik Deutschland über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das waren Entscheidungen, die sind uns alles andere als einfach gefallen", erinnert sich Fischer.

Diese Entscheidung stellte die pazifistisch geprägten Grünen vor eine Zerreißprobe. Der Außenminister, der auf dem Sonderparteitag im Mai 1999 vom Farbbeutel eines Demonstranten getroffen wurde, konnte die Delegierten nur mit Mühe zur Unterstützung seiner Kosovo-Politik bewegen. Militärisches Eingreifen sei als letztes Mittel gerechtfertigt, um Schlimmeres zu verhindern, so Fischers feste Überzeugung. In einer engagierten Rede sagte er damals, dass er "eine unbefristete Einstellung der Bombenangriffe für das grundfalsche Signal" halte. "Milosevic würde dadurch gestärkt und nicht geschwächt. Ich werde das nicht umsetzen, wenn Ihr das beschließt, damit das klar ist!"

Der lange Lauf zum Lieblingsminister

In der Bevölkerung stand der Marathonläufer Fischer unangefochten auf Platz eins der Popularitätsliste - und das blieb auch so, als der zu Extremen neigende Lieblingspolitiker der Deutschen seinen eigenen Ansprüchen an Sportlichkeit und guter Figur nicht mehr gerecht wurde. Großes Geschick bewies er aber darin, im Ausland eine gute Figur zu machen und verschaffte der Bundesregierung damit viel Respekt und Anerkennung. Vergessen waren Jeans und Turnschuhe - dem Fischer im perfekten Anzug war kein diplomatisches Parkett zu glatt.

"Dear Joschka", wie er von vielen ausländischen Amtskollegen freundschaftlich angedredet wurde, konnte gleichzeitig verbindlich und hart in der Sache sein, etwa bei der konsequenten Ablehnung

Amtieren en exercice
Außenminister, der ministre des Affaires Etrangères
Angesehen réputé
Spitzenkandidat, der en, en : en tête de liste
Landesregierung, die : gouvernement du land
Vereidigung, die: prestation de serment
Hang, der tendance
Auftritt, der e entrée en scène
Bundestag, der e parlement
Ackern: labourer, ici bosser
Ehrgeizig: ambitieux
Realos und Fundis, die: bei den Grünen, die zu Kompromiss bereit sind und die Fundamentalisten
Teils ... teils: soit ... soit
In +acc um/schlagen ä,u,a: se transformer en / dégénérer en
Umwelt, die environnement
Bevorzugt: préféré
Ausstieg, der la sortie
Bundestagswahl, die en: élection parlementaire
Fraktion, die groupe parlementaire
Vorsitzende, der : président
Angriff, der attaque
Wahr/nehmen : percevoir

Zerreißprobe, die épreuve de force
Nato, die otan
Luftangriff, der attaque aérienne
Entscheidung, die en décision

Geprägt: ici marqué par
Sonderparteitag, der : congrès extraordinaire de parti
Demonstrant, der en, en : manifestant
Jn zu +dat bewegen ,o,o: pousser qn à faire qc
Eingreifen, i, i: intervenir
Rechtfertigt: justifié
Verhindern empêcher
Für + adj halten, ä,ie,a: tenir pour
Ein/stellen ici arrêter
Etw beschließen,o,o: décider

Bevölkerung, die population
Zu +dat neigen: avoir un penchant pour
Auf +acc Anspruch, der ü-e: exigence de
Er S. gerecht werden: Wunsch, Aufgaben etc satisfaire
Geschick, das habileté
Anerkennung, die reconnaissance
Ablehnung, die en refus

des Irak-Kriegs. Mit seinen sprachgewaltigen Analysen der weltpolitischen Lage holte er für Gerhard Schröder mehr als einmal die Kastanien aus dem Feuer - und kritisierte den Bundeskanzler niemals öffentlich, selbst wenn der sich wenig geschickt in die operative Außenpolitik eingeschaltet hatte.

Tadel als Motivation

Trotz dieser Erfolge geriet Fischer 2001 unter Druck - wegen fast 30 Jahre alter Fotos, die ihn als gewaltbereiten Aktivist der Frankfurter Hausbesetzerszene zeigten. Im Bundestag setzte sich der Außenminister mit seiner Vergangenheit auseinander. "Ich war militant. Ich habe mit Steinen geworfen, ich war in Prügeleien mit Polizeibeamten verwickelt. Ich wurde geprügelt, aber ich habe auch Polizeibeamte geschlagen. Das habe ich nicht zum ersten Mal hier gesagt, und dazu stehe ich. Ich stehe zu meiner Verantwortung", sagte er.

Er habe schon in den siebziger Jahren erkannt, dass Gewalt der falsche Weg gewesen sei, argumentierte Fischer, der immer dann zur Höchstform aufläuft, wenn er unter Druck gerät. "Seit meiner Schulzeit, und sie endete ja nicht gerade glücklich, hatte der Schüler Joschka Fischer immer große Probleme, mit Lob umzugehen. Mit Tadel kam ich immer hervorragend zurecht, und ich stelle fest: Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben."

Image angeknackst

Im Wahlkampf 2002 schadete ihm die Affäre nicht, die Grünen gewannen fast zwei Prozentpunkte dazu. Bei der nächsten großen Auseinandersetzung um seine Person ging es erstmals um Fischers Amtsführung: In der Visa-Affäre habe er sein Haus nicht im Griff gehabt, kritisierte die Opposition und zitierte ihn vor den Untersuchungsausschuss.

Mit Verspätung gestand Fischer seine Fehler ein, auch wegen der massiven Kritik in Medien und Öffentlichkeit, die sein Verhalten als zunehmend arrogant empfanden. Fischers Image als Superstar der rot-grünen Koalition bekam einen Knacks. Für die Grünen bleibt der 57jährige trotzdem die unverzichtbare Galionsfigur: Ein weiteres Mal führt Joschka Fischer sie als Spitzenkandidat in den Wahlkampf.

<http://www.dw-world.de> © Deutsche Welle

11.07.2005

Angela Merkel - die eiserne Kandidatin

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik bewirbt sich eine Frau für das Amt des Bundeskanzlers. Angela Merkel hat sich auf ihrem Weg nach oben nicht beirren lassen, trotz heftiger Widerstände. Ein Porträt.

Autor: Wolter von Tiesenhausen

Es muss kein Nachteil sein, wenn man vom politischen Gegner oder innerparteilichen Mitbewerber unterschätzt wird. Angela Merkel, die Kanzlerkandidatin der Christdemokraten wurde von vielen sowohl in der eigenen Partei als auch in der breiteren Öffentlichkeit lange Zeit nicht ganz für voll genommen.

Der jungen Frau aus dem Osten fehlten alle Attribute, die nach landläufiger Meinung einen erfolgreichen Politiker ausmachen: die Lehrzeit in der Jugendorganisation der Partei, ein tragfähiges Netzwerk von Beziehungen, die Einbindung in eine wirkungsvolle Hausmacht und vor allem der elegante Umgang mit den Medien.

Doch, woran sie immer festgehalten hat, das sind die für sie wichtigen politischen Werte: "Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als dass wir unter völlig veränderten Bedingungen unsere Werte - und das sind die Soziale Marktwirtschaft und das ist die Demokratie - dass wir unsere Werte behaupten können in Zeiten völlig neuer Herausforderungen", sagte sie einmal.

Von der Wissenschaft in die Politik

Angela Merkel, die in diesem Jahr 51 Jahre alt wird, wurde zwar in Hamburg geboren, wuchs aber in Templin in der Uckermark nördlich von Berlin und damit in der DDR als Tochter eines evangelischen Pfarrers auf. In Leipzig studierte sie Physik, war dann Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften und promovierte. Erst mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde sie politisch aktiv. Als stellvertretende Pressesprecherin der ersten

Kastanie, die n marron ou châtaigne
Öffentlich public
Selbst wenn même si

Tadel, der blâme,
désapprobation

Unter Druck geraten à,ie,a: ici être mis sous pression
Gewalt, die brutalité
Hausbesetzer, der squatteur
Sich mit +dat
auseinander/setzen: se
confronter à
Prügeln se bagarrer
Jn schlagen, ä,u,a: battre qn
Zu +dat stehen a, a: tenir à
Hervorragend excellent
Mit +dat zurech/kommen
venir à bout de qc

Amtsführung, die : ici fonction
ministerielle, mandat

Visa-Affäre, die: Visa für
Einwanderer aus Russland
und der Ukraine, die ohne
Kontrolle genehmigt wurden.
Untersuchungsausschuß, der
ü-e: comission parlementaire

Etw ein/gestehen,a,a,
confesser, reconnaître
Knacks, der : fêlure
Wahlkampf, der ä-e :
campagne électorale

Eisern de fer, en fei
Amt, ds ä-er : fonction
Bundeskanzler, der
chancelier
Sich beirren: se tromper
Widerstand, der ä-e:
résistance
Gegner, der adversaire
Unterschätzen: déprécier,
sous-estimer
Öffentlich public

Etw fehlt mir: qc me manque,
me fait défaut
Netzwerk, das réseau
Beziehung, die en relation
Einbindung, die ici le lien
Wirkungsvoll: efficace
Macht, die pouvoir
Mit +dat Umgang, der :
fréquentation, relations,
rapports
Wert, der e v leur
Bedingung, die en
circonstances
Behaupten: affirmer
Herausforderung, die
challenge, défi

Pfarrer, der pasteur
Promovieren passer sa thèse
Zusammenbruch, der ü-e:
chute

demokratischen Regierung der DDR betrat sie die politische Bühne um wenig später eine steile Karriere zu beginnen.

Bundeskanzler Helmut Kohl machte sie zur Ministerin für Frauen und Jugend, später übernahm sie das Umweltministerium. Die Zeitungen nannten Angela Merkel "Kohls Mädchen", um deutlich zu machen, dass sie ihre Ämter allein seiner Protektion zu verdanken habe.

Nach Kohls Abtritt berief der kurzzeitige Nachfolger im Parteivorsitz Wolfgang Schäuble sie zur Generalsekretärin. Als die Parteipendenaffäre und die Uneinsichtigkeit Helmut Kohls in das eigene Verschulden die Union erschütterte, bat man Angela Merkel als Vorsitzende den Neuanfang zu versuchen.

Parteiinternen Widerstand abgewehrt

Nicht wenige Christdemokraten gingen damals davon aus, dass es ein Leichtes sein werde, die unerfahrene Ossi-Frau nach getaner Aufräumarbeit wieder ins Abseits zu schieben. Doch mit zunehmend sicherer werdender Hand, festigte sie ihre Position an der Spitze der CDU. Angela Merkel, die in zweiter Ehe mit dem Chemieprofessor Joachim Sauer verheiratet ist, weiß, wie schwer das Erbe ist, das sie nach einem möglichen Wahlsieg der Christdemokraten anzutreten hätte. Deutschland hat inzwischen das niedrigste Wirtschaftswachstum in Europa. Für Merkel die Folge einer "falschen nationalen Politik" der rot-grünen Bundesregierung. "Wir haben im Jahr 2000 noch 23 Milliarden Euro Rücklagen in den sozialen Sicherungssystemen gehabt. Die sind heute weg, diese Rücklagen. Sie haben diese sozialen Sicherungssysteme geplündert. Das ist die Wahrheit. Das ist das, was Sie hinterlassen", kritisiert sie in einer ihrer Reden.

Politikerin mit Machtinstinkt

Im Jahre 2002 überließ Angela Merkel dem Vorsitzende der bayerischen Schwesterpartei CSU, Edmund Stoiber, den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur. Zwar scheiterte Stoiber, doch Angela Merkel kassierte ihren Preis. Sie übernahm neben dem Vorsitz der CDU auch den Vorsitz der gemeinsamen Bundestagsfraktion. Alle anderen Mitbewerber mussten erkennen, wie selbstbewusst und entschlossen "Kohls Mädchen" handeln kann, wenn es um die Macht geht. Diese Entschlossenheit wird notwendig sein, wenn es ihr gelingen soll, das nötige Vertrauen der Menschen in die Politik wieder herzustellen.

Dass das Vertrauen der Bürger in die Politik ist erschüttert ist, das weiß auch Merkel. Deshalb appelliert sie an alle Parteien sich dieser schweren Aufgabe zu stellen. "In dem auf uns wahrscheinlich zukommenden Wahlkampf müssen wir populistische Argumente jeder Art abwehren. Da kann ich nur sagen: Begreifen Sie es als gemeinsame Aufgabe, dass Politik wieder Vertrauen herstellt. Das kann nicht eine Partei schaffen, das ist unsere gemeinsame Aufgabe in diesem Hause (im Bundestag; die Red.)."

11.07.2005

Gerhard Schröder - Kanzler mit Machtinstinkt

Seit sieben Jahren ist Gerhard Schröder Bundeskanzler. Auch wenn sein Image angeknackst ist, genießt Schröder weiterhin große Popularität. Was ist das Geheimnis seiner Karriere?

Autor: Heinz Dylong

Es gibt eine immer wieder gern erzählte Legende um Gerhard Schröder: Vor Jahren soll er als junger SPD-Bundestagsabgeordneter im Scherz am Zaun des Bundeskanzleramts in Bonn gerüttelt und dabei gerufen haben: "Ich will da rein." Auch wenn das lediglich eine nette Erfindung sein sollte. Dass Schröders Weg auch nur in die Nähe politischer Schaltzentralen führen würde, war dem heutigen Bundeskanzler beileibe nicht in die Wiege gelegt.

Er habe eine glückliche, aber "ärmliche Kindheit" gehabt, sagt Schröder über sich selbst. Vermisst habe er vor allem "den Zugang zur Bildung". "Der Zugang dazu muss offen sein und darf nicht von Vaters oder Mutters Geldbeutel abhängen". Geschenkt bekommen hat der junge Schröder wenig. "Geprägt hat mich das Sich-Hochboxen-Müssen."

Vom Bauhilfsarbeiter zum Rechtsanwalt

Seine "glückliche, aber ärmliche Kindheit" verbrachte der 1944 als Sohn eines Hilfsarbeiters geborene Schröder gemeinsam mit fünf Geschwistern. Den im Zweiten Weltkrieg gefallenen

Stellvertretend vice –
(président, directeur ...),
adjoint
Bühne, die scène
Steil raide, abrupt
Umwelt, die environnement
Jm etw zu verdanken haben:
devoir qc à qn
Nachfolger, der successeur
Jn zu berufen: convoquer à,
nommer à
Parteivorsitz, der tête du parti
Erschüttern : ébranler
Vorsitzende, der président
(d'un parti)

Ab/wehren: repousser,
chasser
Ossi, der: péjoratif pour les
personnes venant de DDR
Ins Abseits schieben ici
mettre à l'écart
Zunehmend de plus en plus,
croissant
An der Spitze : à la tête
Erbe, das héritage,
succession
Wachstum, der : croissance
Niedrig bas
Rücklage, die n fonds de
réserve
Plündern piller
Scheitern échouer
Bundestagsfraktion, die
groupe parlementaire
Bundestag, der parlement
Vorsitz, der présidence
Bewerber, der candidat
Entschlossenheit, die
résolution détermination
Etw gelingt jm: qc réussit à qn
Nötig nécessaire
Vertrauen, dsa confiance
Bürger, der – citoyen

Etw schaffen schaffte,
geschafft : réussir à
Gemeinsam en commun

Bundeskanzler, der
chancelier
Auch wenn: même si
Angeknackst: ici a pris du
plomb dans l'aile
Geheimnis, das sse secret

Abgeordnete, der député
Bundeskanzleramt, das ä-er :
la chancellerie
Rütteln: secouer
Schaltzentrale, die la centrale
de commande

Zugang, der ä-e zu +dat :
accès à
Geldbeutel, der - : porte-
monnaie
Von +dat ab/hängen:
dépendre de
Geprägt: marqué
Rechtsanwalt, der avocat

Vater lernte er nicht mehr kennen. Und von einer höheren Schulbildung konnte zunächst keine Rede sein. Eine kaufmännische Lehre und die Tätigkeit als Bauhilfsarbeiter befriedigten seinen Ehrgeiz jedoch nicht. Auf dem zweiten Bildungsweg machte Schröder das Abitur und nahm anschließend ein Jurastudium auf. Als er dann Mitte der 1970er Jahre die Zulassung als Rechtsanwalt erhielt, war er auf der politischen Bühne längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. Denn da hatte er sich - 1963 in die SPD eingetreten - längst bei den Jusos, der Jugendorganisation der Partei, engagiert. Nach verschiedenen Funktionen auf regionaler Ebene wurde er 1978 Bundesvorsitzender der von ideologischen Auseinandersetzungen geprägten Organisation. Dem damals als ausgewiesenen "Linken" geltenden Schröder wird zugute gehalten, dass sich das Verhältnis der SPD-Jugendorganisation zur Mutterpartei entspannte.

Der "linke Juso" rückt nach rechts

1980 hatte Schröder die Altersgrenze der Jusos erreicht. Er verließ die Jugendorganisation, wurde jedoch noch im selben Jahr Bundestagsabgeordneter. Das blieb er sechs Jahre, während der er sich allerdings ehrgeizige Ziele in Niedersachsen setzte. Dort wollte er Ministerpräsident werden, was ihm im ersten Anlauf 1986 noch misslang. Doch 1990 schaffte er es. Nach der Landtagswahl bildeten SPD und Grüne eine von Schröder geführte Koalitionsregierung. Vier Jahre später errangen die Sozialdemokraten gar die absolute Mehrheit der Landtagssitze.

Allerdings hatte Schröder - er galt inzwischen als eher rechter Sozialdemokrat - auch als Ministerpräsident keineswegs Abschied von bundespolitischen Ambitionen genommen. 1993 wählten die Mitglieder der SPD einen neuen Bundesvorsitzenden. Schröder trat an und unterlag. Neuer SPD-Chef wurde Rudolf Scharping, und dann Oskar Lafontaine im November 1995.

Schröders Freunde der Vergangenheit

Lafontaine und Schröder waren denn auch die meistgehandelten Namen bei der Frage, wer 1998 als Kanzlerkandidat der SPD ins Rennen gehen sollte. Die letzte Entscheidung fiel bei der niedersächsischen Landtagswahl Anfang 1998. Die von Schröder in die Wahl geführte SPD verbesserte sich deutlich und errang abermals die absolute Mehrheit der Sitze. Noch am Wahlabend erklärte Lafontaine die Kandidatenfrage zugunsten Gerhard Schröders für gelöst. Der stürzte sich denn auch in den Wahlkampf, der am 27. September 1998 mit einem großen Erfolg der SPD endete.

Mit fast 41 Prozent der Stimmen wurde sie stärkste Partei im Bundestag und Gerhard Schröder als Chef einer Koalition von SPD und Grünen siebter Bundeskanzler der Bundesrepublik. Am Wahlabend trat er vor seine jubelnden Anhänger: "Liebe Freundinnen, liebe Freunde, nach 16 Jahren ist heute die Ära Helmut Kohl zu Ende gegangen."

Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit verloren

Inhaltlich positionierte sich Schröder ganz im Sinne seines Wahlkampfes, der unter dem Motto "Innovation und Gerechtigkeit" auf die "Neue Mitte" gezielt hatte. "Ich stehe für ökonomische Stabilität und Entwicklung, für Innere Sicherheit, aber vor allem auch für außenpolitische Kontinuität. Mein wichtigstes Ziel, liebe Freundinnen und Freunde, ist der Kampf gegen die Geißel der Massenarbeitslosigkeit." Nur wenige Monate nach diesem Wahlsieg wurde Gerhard Schröder 1999 auch Bundesvorsitzender der SPD. Oskar Lafontaine hatte sich im Frühjahr überraschend von all seinen Ämtern zurückgezogen.

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit blieben der Regierung durchschlagende Erfolge versagt - bis heute. Noch 2002 gelang der rot-grünen Koalition ein knapper Wahlsieg. Der ließ sich neben dem gelungenen Management der Hochwasserkatastrophe an Elbe und Oder auch der Haltung der Bundesregierung zum Irak-Krieg der USA zuschreiben. Berlin sagte Nein, was Schröders Ansehen in der Öffentlichkeit wachsen ließ. Doch mit der Agenda 2010 - einem Paket von Sozialreformen, das auch Schnitte ins soziale Netz beinhaltet - schwand der Rückhalt Schröders in Partei und Öffentlichkeit spürbar. Sein Rückzug vom SPD-Vorsitz war die eine Konsequenz, und nach einer Kette von schweren Wahlniederlagen seiner Partei sucht Schröder nun die Entscheidung in einer vorgezogenen Wahl des Bundestages.

21.07.2005

Gregor Gysi: Anwalt mit Redegewalt

Gregor Gysi kann die Politik nicht lassen - trotz Herzinfarkt und Hirn-

Lehre, die : formation pro
Ehrgeiz, der ambition
Der zweite Bildungsweg:
système dual
Anschließend par la suite
Jurastudium, das études de
droit
Zulassung, die zu+dat:
admission, autorisation, etc
Erhalten, ä,ie,a: obtenir
In eine Partei ein/treten: i,ai,e:
entrer dans un parti
Bundesvorsitzende, der :
président fédéral
Auseinandersetzung, die
confrontation
Aus/weisen ie,ie: exclure
Als etw g elten, i,a,o: ici
passer pour
Sich entspannen: se détendre
Abgeordnete, der député
Etw misslingt jm,a,u sein: ne
pas réussir à qn
Landtagswahl, die en :
élection des Länder
Erringen,a u: obtenir par la
lutte
Gar = sogar
Abschied nehmen von +dat :
faire ses adieux
Mitglied, das er: adhérent

Zugunsten von +dat: en
faveur de

Anhänger, der partisan

Kampf, der ä-e combat

Inhaltlich > der Inhalt, e :
contenu
Wahlkampf, der campagne
électorale
Gerechtigkeit, die justice
Die Neue Mitte, cf der dritte
Weg
Geißel, die n: fouet, fig fléau
Sieg, der victoire
Amt, das ä-er: mandat, poste
etc..
Versagen: refuser, manquer,
faire défaut
Etw einer Sache zu/schreiben
le, ie : mettre au compte de
Ansehen, das réputation
Öffentlichkeit, die opinion
publique
Netz, das e: réseau
Schwinden,a,u: disparaître
Rückhalt, der: soutien appui
Niederlage, die défaite

Anwalt, der e avocat
Gewalt, die pouvoir,

Operation. Er ist und bleibt das Zugpferd der PDS. Sein Talent als Redner ist unbestritten, selbst unter Kritikern genießt er Sympathien.

Gysis Entscheidung fiel nach langen Gesprächen mit Freunden und seiner Familie. Anfang Juni beendete der 57-jährige seine Auszeit aus der Politik. Er kündigte an, er werde im Berliner Wahlkreis Treptow-Köpenick für die PDS antreten. Das Leben als Anwalt und Publizist war ihm vielleicht doch zu langweilig. Als offizielle Gründe gab er an, er wolle seiner Partei helfen, wieder auf die Beine zukommen. Zu diesem Zeitpunkt lag die Partei Umfragen zufolge gerade mal bei vier Prozent. Außerdem hatte ihn sein langjähriger Freund, der PDS-Parteichef Lothar Bisky, eindringlich darum gebeten, wieder in die Politik einzusteigen.

Wie wichtig der charismatische Politiker für seine Partei ist, zeigte sich zum Beispiel im Jahr 2000. Damals hatten sich Gysi und Bisky aus der Parteispitze verabschiedet, die Partei geriet in Turbulenzen. 2002 konnte Gysi zunächst einen großen Erfolg verbuchen: Mit ihm an der Spitze bildete die Berliner PDS im Januar 2002 den ersten rot-roten Senat in der Hauptstadt. Doch die Freude währte nur kurz. Gysis Bild als Vorzeige-Sozialist bekam wegen seiner Verwicklung in die Bonusmeilen-Affäre des Bundestags kurzfristig Kratzer. Gysi trat als Wirtschaftssenator zurück.

Gysi setzt auf das Linksbündnis

Gysis erneuter Rückzug verhagelte der PDS auch gründlich die Bundestagswahl 2002. Sie scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde und ist seitdem nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten. Jetzt will Gysi wieder in den Bundestag zurück und setzt dabei ganz auf das Bündnis mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).

Vehement hat Gysi in der eigenen Partei für das neue Linksbündnis gekämpft. Die PDS dürfe sich die historische Chance nicht entgehen lassen, von der ostdeutschen Regionalpartei zur gesamtdeutschen Linken aufzusteigen, lautet sein Argument. "Ost und West gehen zusammen, um diese Gesellschaft wieder anders zu organisieren", sagte er einmal auf einer Veranstaltung.

Beliebter Politiker im Osten

Der ehemalige SPD-Vorsitzende und jetzige WASG-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine hatte die Zusammenarbeit wiederholt offeriert. Und die Chancen stehen gut für das neue Linksbündnis. Es ist zum Sammelbecken vieler enttäuschter Wähler geworden - vor allem im Osten. Zwischenzeitlich konnte sich das neue Linksbündnis aus PDS und WASG dort in der Wählergunst vor die Union schieben.

Gysi ist bereit, sich erneut dem Stress des Jobs des Berufspolitikers auszusetzen. Allerdings bleibt der Schatten seiner schweren Krankheiten, die er durchleiden musste. Erst war es ein Herzinfarkt, dann Ende vergangenen Jahres eine Gehirnoperation.

Das der promovierte Jurist aber Durchhaltevermögen besitzt, hat er mehrfach bewiesen. Gysi hat 1989 das Ende der SED und die Wende zur PDS gemeistert. Später überstand er als Star der Linksozialisten scheinbar mühelos massive Stasi-Vorwürfe, Rote-Socken-Kampagnen und die Rücktritte als Fraktionschef im Bundestag und als erster Berliner PDS-Wirtschaftssenator. Sein vorübergehender Rückzug ins Privat- und Berufsleben als Rechtsanwalt änderte nichts daran, dass der brillante Redner der beliebteste PDS-Politiker blieb.

Unauffällige DDR-Vergangenheit

Gysi, am 16. Januar 1948 in Berlin geboren, trat politisch in der DDR nie groß in Erscheinung. SED-Mitglied wurde er 1967. Nach dem Fall der Mauer wendete er die DDR-Staatspartei SED durch Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit in die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Stasi-Vorwürfe kamen von DDR-Bürgerrechtlern. Sie vermuteten, dass ihr früherer Anwalt mit dem Mielke-Ministerium zusammengearbeitet hatte. Gysi hatte stets dementiert.

Mit seiner Kandidatur bei einer neuen Bundestagswahl will Gysi offensichtlich wieder einen neuen Lebensabschnitt eröffnen. Mit einem gemeinsamen Auftritt von PDS und WASG bei der möglichen Bundestagswahl im Herbst wird nach seiner Meinung ein Beitrag zur "europäischen Normalisierung" geleistet. In fast allen europäischen Ländern gebe es eine Kraft links neben der Sozialdemokratie, sagt der PDS-Spitzenpolitiker. "Jetzt haben wir die Chance, das zu realisieren."

puissance
Unbestritten indiscutable

Entscheidung, die décision
An/kündigen annoncer
Wahlkreis, der e circonscription
+dat Zufolge selon
In +acc geraten, ä,ie,a:
tomber dans, rencontrer qc

Parteispitze, die tête du parti
Verwicklung, die en:
implication
Bundestag, der e parlement
Zurück/treten, i,a,e:
démissionner
Kratzer, der rayure
égratignure éraflure

Linsbündnis, das sse coalition
de gauche

Hürde, die n: haie, ici difficulté
Auf +acc setzen miser sur

Kämpfen für combattre pour
+dat entgehen, i,a,a :
échapper
Veranstaltung, die
manifestation (culturelle,
politique ...)

Vorsitzende, der président
(d'un parti)
Spitzenkandidat, der e
premier candidat

Sich +dat aus/setzen affronter

Durchhaltevermögen, das
persévérance
Beweisen, ie,ie : prouver
Die S.E.D: sozialistische
Einheitspartei Deutschlands
Etw überstehen,a,a:
surmonter
Vorwurf, der ü-e reproche
Staatssicherheit = Stasi
Polizei und Sicherheitsorgane
in der ehemaligen DDR
Fraktion, die groupe
parlementaire
Vorübergehend: passager

Unauffällig: discret, qui passe
inaperçu
Mit +dat Bruch, der ü-e:
rupture
Bürger, der - citoyen,
bourgeois
Vermuten: supposer
Einen Beitrag leisten: porter
une contribution à

Vokabeln zu den Politikern

Ablehnung, die en refus	+dat entgehen, i,a,a : échapper
Amtieren être en excercice	+dat Zufolge selon
Amtsführung, die : ici la gestion de sa fonction ministerielle, mandat	Abgeordnete, der: député
Anerkennung, die reconnaissance	An/kündigen annoncer
Angesehen réputé	Anhänger, der partisan
Angriff, der attaque	Ansehen, das réputation
Auf +acc Anspruch, der ü-e: exigence de	Anwalt, der e avocat
Auftritt, der e entrée en scène	Auch wenn: même si
Außenminister, der ministre des Affaires Etrangères	Auf +acc setzen miser sur
Ausstieg, der la sortie	Beweisen, ie,ie : prouver
Bedingung, die en circonstances	Bewerber, der candidat
Behaupten: affirmer	Bundeskanzler, der chancelier
Bevölkerung, die population	Bundeskanzleramt, das ä-er : la chancellerie
Bevorzugt: préféré	Bundestagsfraktion, die groupe parlementaire
Beziehung, die en relation	Bürger , der – citoyen, bourgeois
Bühne, die scène	Durchhaltevermögen, das persévérance
Bundeskanzler, der chancelier	Ehrgeiz, der ambition
Bundestag, der e parlement	Einen Beitrag leisten: porter une contribution à
Bundestagswahl, die en: élection parlementaire	Entscheidung, die décision
Demonstrant, der en, en : manifestant	Entschlossenheit, die résolution détermination
Ehrgeizig: ambitieux	Erhalten, ä,ie,a: obtenir
Eingreifen, i, i: intervenir	Erschüttern : ébranler
Eisern de fer, en fer	Etw schaffen schaffte, geschafft : réussir à
Entscheidung, die en: décision	Etw überstehen ,a,a: surmonter
Er S. gerecht werden: Wunsch, Aufgaben etc satisfaire	Ewt gelingt jm: qc réussit à qn
etw beschließen,o,o: décider	Geheimnis,das sse secret
Etw fehlt mir: qc me manque, me fait défaut	Geldbeutel, der - : porte-monnaie
Fraktion, die : groupe parlementaire	Gemeinsam en commun
Für + adj halten, ä,ie,a: tenir pour	Geprägt: marqué
Gegner, der adversaire	Gerechtigkeit, die justice
Geprägt: ici marqué par	Gewalt, die pouvoir, puissance
Gerechtfertigt: justifié	In +acc geraten, ä,ie,a: tomber dans, rencontrer qc
Geschick, das habileté	In eine Partei ein/treten: i,ai,e: entrer dans un parti
Hang, der tendance	Inhaltlich > der Inhalt, e : contenu
Hausbesetzer, der squateur	Jm etw zu verdanken haben: devoir qc à qn
Herausforderung, die challenge, défi	Jn zu berufen: convoquer à, nommer à
Hervorragend excellent	Kampf, der ä-e combat
Jn schlagen, ä,u,a: battre qn	LAntagswahl, die en : élection des Länder
Jn zu +dat bewegen : pousser qn à faire qc	Lehre, die : formation pro
Landesregierung, die : gouvernement du land	Mit +dat Bruch, der ü-e: rupture
Macht, die pouvoir	Mitglied, das er: adhérent
Mit +dat Umgang, der : fréquentation, relations, rapports	Nachfolger, der successeur
Mit +dat zurech/kommen venir à bout de qc	Niederlage, die défaite
Nato, die otan	Nötig nécessaire
Netzwerk, das réseau	Öffentlichkeit, die opinion publique
Öffentlich public	Parteispitze, die tête du parti
Pfarrer, der pasteur	Parteivorsitz, der présidence du parti
Promovieren passer sa thèse	Rechtsanwalt, der avocat
Prügeln se bagarrer	Scheitern échouer
Selbst wenn même si	Sich +dat aus/setzen affronter
Sich beirren: se tromper	Spitzenkandidat, der e premier candidat
Sich mit +dat auseinander/setzen: se confronter à	Steil raide, abrupt
Sonderparteitag, der : congré extraordinaire de parti	Unauffällig: discret, qui passe inaperçu
Spitzenkandidat, der en, en : en tête de liste	Unbestritten indiscutable
Stellvertretend vice – (président, directeur ...), adjoint	Veranstaltung, die manifestation (culturelle, politique ...)
Teils ... teils: soit ... soit	Vermuten: supposer
Umwelt, die environnement	Vertrauen, dsa confiance
	Von +dat ab/hängen: dépendre de

Unter Druck geraten ä,ie,a: ici être mis sous pression
 Unterschätzen: déprécier, sous-estimer
 Verhindern empêcher
 Vorsitz, der présidence
 Vorsitzende, der : président
 Wahlkampf, der ä-e : campagne électorale
 Wahr/nehmen : percevoir
 Wert, der e v aleur
 Widerstand, der ä-e: résistance
 Wirkungsvoll: efficace
 Zu +dat neigen: avoir un penchant pour
 Zu +dat stehen a, a: tenir à
 Zusammenbruch, der ü-e: chute

Vorsitzende, der président (d'un parti)
 Vorübergehend: passager
 Vorwurf, der ü-e reproche
 Wachstum, der : croissance
 Wahlkampf, der campagne électorale
 Wahlkreis, der e circonscription
 Zugang, der ä-e zu +dat : accès à
 Zugunsten von +dat: en faveur de
 Zurück/treten, i,a,e: démissionner



Sponti-Sprüche

Ouzo statt Juso.
 Brot für die Welt, Kuchen für mich!
 Legal - Illegal - Ikea-Regal
 Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin!
 Alle Menschen werden [noch!] als Original geboren, die meisten sterben als Kopie.
 Der Geist denkt, das Geld lenkt.
 Der Kanzler lenkt - aber wer denkt?
 Ehe = errare humanum est
 Früher las ich Karl Marx, doch dann entdeckte ich Pippi Langstrumpf.
 Gott ist allmächtig, nur nicht auf der Erde.
 Lieber sechs Stunden Uni am Tag als gar keinen Schlaf.
 Männer machen Geschichte, Frauen machen Geschichten.
 Sterben muß man sowieso, schneller geht's mit Marlboro.
 Stoppt die Luftverschmutzung, hört auf zu atmen.

**Mit 20 links, weil man ein Herz hat, mit 30 links, weil man keinen Verstand hat.
Siehe Text aus der Zeit**

Gruppen aus der linken Szene	
Solid: Jugendorganisation der PDS im Osten Im Westen: Jungdemokraten, Jungsozialisten, die Grüne Jugend > Mitglied bei Attac	
Aussehen	
Frisur Punk, rot grün gefärbte Haare, roter Stern auf Jacke, Kleidung, dicke Socken Strickpullis...	
Action	
Job War IV : Schauspiel, Prügeleien auf der Straße Camp : zelten mit Tagesprogramm, Veranstaltungen, Diskussionszelt, Wein, Bier, Seminaren	
Politische Kritik und Ideale	
Arbeitszeitsverkürzung bei vollem Lohn / Bessere Welt gerechtere Kampf gegen den Kapitalismus / Kein Job / Gegen Globalisierung / Für „Kaffee fair Handeln“ gegen Auslandsverlagerung, für Gleichberechtigung, Kapitalismuskritik Umweltverschmutzung, Hunger in Afrika	
Im Namen von / WERTE	
Individualismus , Ungerechtigkeit, Menschenwürde > gegen Verwertbarkeit des Menschen, Menschlichkeit, Gleichheit, Verantwortung für die Zukunft	
Vergleiche: so alt wie ihre Eltern	Anders als der Kampf ihrer Eltern
Studentenbewegung der 68, die Grünen der 80er, revolutionär denn ➤ soziale Errungenschaften schaffen ➤ gegen die Eltern positioniert politische Idole (Tche gevara, Rosa Luxemburg, Jenny Marx, ...) keine Angst vor der Zukunft	Kein Feind: Kapitalismus unsichtbar Keine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei Keine Radikale Ablehnung der Eltern keine Anpassung wie die 68er (Benz) kein Generationskonflikt gegen die rechte Szene außerhalb der Parteien (in sich selbst) keine politische Idole heute rückständig denn wollen soziale Errungenschaften verteidigen Angst vor der Zukunft

phänotypisch = vom äußeren Erscheinungsbild her betrachtet

Bundestagswahlen > schreiben

Satzbau 2 Passivstrukturen, Passiv + Modalverben (siehe Vokabeln S 8/9)

- Die Politik soll die Leute interessieren.
- In dem Text heißt es, dass die Politik die Leute hat interessieren sollen.

Der Spitzenkandidat der Grünen will zu einem angesehenen Staatsmann werden.

In dem Text heißt es, dass

J.F soll seinen Hang zur Selbstinszenierung abbauen.

In dem Text heißt es, dass

Der erste grüne Bundesaußenminister kann seinen Kampf um die Umweltpolitik durchsetzen.

In dem Text heißt es, dass

Joschka Fischer ist der Meinung, dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigen soll.

In dem Text heißt es, dass

J.F wollte eine deutsche Beteiligung an den Luftangriffen gegen Jugoslawien.

In dem Text heißt es, dass

Der Außenminister konnte nur mit Mühe seine Anhänger zur Unterstützung seiner Kosovo-Politik bewegen.

.....

Der Außenminister musste seine Fehler eingestehen.

In dem Text heißt es, dass er

- Die Preise sollen gesenkt werden.
- In dem Text heißt es, dass die Preise haben gesenkt werden sollen

Milosevics Macht musste geschwächt werden.

In dem Text heißt es, dass

Geschick und Anerkennung sollten von J.F im Ausland noch bewiesen werden.

In dem Text heißt es, dass

Der Einsatz in den Irak-Krieg konnte durch das Parlament abgelehnt werden.

In dem Text heißt es, dass

J.F. glaubte in den 70er Jahren, dass die Gesellschaft durch Gewalt verändert werden konnte.

In dem Text heißt es, dass

Traduire!

Les attaques personnelles lors de campagnes électorales doivent être refusées par tous les groupes parlementaires.

L'article du Monde rapporte que Le chancelier en exercice a pu annoncer la dissolution du parlement.

Même si le gouvernement n'obtient pas de majorité avec les députés de l'union et la FDP, la loi devra pouvoir être votée.

Le successeur à la présidence du parti a pu être nommé grâce aux partisans de la gauche.

Un programme commun a dû être décidé par les présidents de tous les partis au pouvoir.

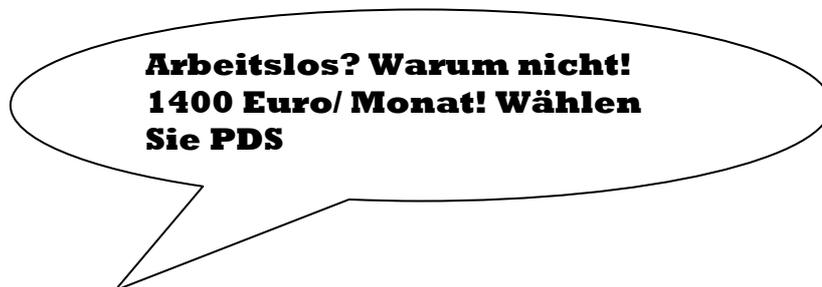
La défaite ou la victoire dépendent soit de l'ambition, soit de l'habileté des têtes de liste.

Les élections du 18 Septembre doivent indiscutablement beaucoup à la politique économique du SPD.

Les décisions politiques ne peuvent être prises ni sous la pression de manifestants ni sous celle de l'opinion publique.

Aucun accord n'a pu être conclu par le ministre des Affaires Etrangères.

Anhand der Programme verfassen Sie Parolen für Plakate, Flugblätter und Spruchbänder
5 Gruppen SPD, Union, Grünen, FDP, PDS



Arbeit Mehr als fünf Millionen Deutsche haben keine: Arbeit ist das Thema in diesem Wahlkampf.

19.07.2005

Die SPD fordert die Tarifvertragsparteien auf, bundesweit einheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren – andernfalls soll der gesetzliche Mindestlohn eingeführt werden. Sie ist dagegen, den Kündigungsschutz aufzuheben und per Gesetz in die Tarifautonomie einzugreifen. Die paritätische Mitbestimmung, das heißt die gleichstarke Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Aufsichtsrat - steht laut Wahlprogramm nicht zur Diskussion. Das Gefälle zwischen dem Arbeitslosengeld II im Osten und im Westen Deutschlands soll aufgehoben werden: Künftig soll ein einheitlicher Betrag von monatlich 345 Euro gezahlt werden. Ältere Arbeitslose bekommen zwei Jahre Aufschub: Sie sind erst ab dem 1.02.2008 – und nicht wie geplant ab dem 1.02.2006 – davon betroffen, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld I nach zwölf Monaten erlischt. Für regionale Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer will die SPD 250 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das von der EU geforderte Prinzip, dass Dienstleistungen nach den Maßstäben im Herkunftsland des Dienstleisters bezahlt werden sollen, lehnt die SPD ab.

Die Union will die Lohnnebenkosten senken. Zu diesem Zweck soll der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent reduziert werden, und zwar ab dem 1.01.2006. Ein ehemaliger Empfänger des Arbeitslosengeld II kann in den ersten zwei Jahren an einer neuen Arbeitsstelle untertariflich bezahlt werden: Der Lohn darf bis zu 10 Prozent unter dem Arbeitstarif liegen und soll ein Anreiz für Arbeitgeber sein, mehr Menschen einzustellen. Bei Neueinstellungen in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten soll der bisher gesetzlich vorgesehene Kündigungsschutz ausgesetzt werden. In Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten wird der Kündigungsschutz für Neuestellte erst nach zwei Jahren wirksam. Befristete Arbeitsverträge dürfen in Zukunft nicht mehr nur bei Neueinstellungen, sondern auch mit bereits eingestellten Arbeitnehmern geschlossen werden. Wenn der Betriebsrat zustimmt und Zweidrittel der Belegschaft, sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzelvertragliche Vereinbarungen schließen können, die vom Tarifvertrag abweichen. Die Union will die Ich-AG's abschaffen – mit Ausnahme bereits genehmigter Ich-AG's.

Die Grünen möchten "regional und branchenspezifisch differenzierte" Mindestlöhne einführen. Die Lohnnebenkosten sollen in den unteren Einkommensklassen gesenkt werden. Mit zunehmendem Gehalt sollen sie langsam ansteigen – gegenfinanziert durch eine stärkere Besteuerung von privaten Spitzeneinkommen. Die Tarifautonomie, der gesetzliche Kündigungsschutz und das Prinzip der paritätischen Mitbestimmung sollen nicht eingeschränkt werden. Die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II sollen erhöht werden, und zwar im Einklang mit

Einheitlich unifié
Mindestlohn, der ö-e salaire minimum
Vereinbaren conclure
Gesetzlich légal
Tarifvertragsparteien, die les partenaires des conventions collectives
Auf/heben, o,o supprimer
Kündigungsschutz, der protection contre le licenciement
Ein/greifen, ie, ie intervenir
Arbeitnehmer, der employé
Arbeitgeber, der employeur
Vertretung, die représentation
Aufsichtsrat, der ä-e: conseil d'administration
Mitbestimmung, die: cogestion
Betrag, der ä-e: somme
Betroffen sein: être concerné
Auf +acc Anspruch, der ü-e ici le droit (social)
Erlöschen, i, o, o: s'éteindre
Zur Verfügung stellen: mettre à disposition
Dienstleistung, die en service
Maßstab, der ä-e: critère
Ab/lehnen refuser
Lohnnebenkosten, die les charges salariales
Beitrag, der ä-e contribution,, cotisation
Arbeitstarif, der convention salariale
Jn ein/stellen embaucher
Betrieb, der entreprise
Beschäftigte, der ici employé
Kündigungsschutz, der protection contre le licenciement
Befristet à durée déterminé
Arbeitsvertrag, der ä-e : contrat de travail
Betriebsrat, der ä-e : comité d'entreprise
Von +dat ab/weichen, i,j, sein: dévier de, s'éloigner de

Etw senken: baisser (les prix, les coûts..)
Einkommen, das revenu
Gehalt, das ä-er traitement
An/steigen ie, ie, sein augmenter
Besteuerung, die fiscalisation
Ein/schränken limiter
Satz, der ä-e le taux
Lebenshaltungskosten, die coût de la vie
Im Einklang mit +dat en harmonie avec
Tarifverhandlung, die négociation sur les

den Lebenshaltungskosten. Die Partei möchte eine neue Arbeitszeitpolitik: In Tarifverhandlungen soll geprüft werden, wie die Arbeitszeit bei anteiligem Lohnverzicht reduziert werden könnte.

Die FDP will betriebliche Bündnisse für Arbeit in Konkurrenz zu Flächentarifverträgen stellen: Es soll möglich sein, dass vom Flächentarif abweichende Regelungen verabschiedet werden, wenn 75 Prozent der Belegschaft zustimmen. Betriebsräte sollen erst in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten eingerichtet werden, die Aufsichtsräte sollen verkleinert werden. Der gesetzliche Kündigungsschutz soll erst nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit und nur in Betrieben mit mindestens 50 Mitarbeitern gelten. Die FDP will die Bundesagentur für Arbeit (BA) auflösen und deren Aufgaben stattdessen auf eine Versicherungsagentur, eine Arbeitsmarktagentur für Überregionales und Internationales, und auf die Job-Center in den Kommunen aufteilen.

Die Linkspartei* will die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in das Arbeitslosengeld II rückgängig machen. Stattdessen soll das Geld, das Langzeitarbeitslose jetzt in Form von Arbeitslosengeld II, Mietzuschüssen und "Ein-Euro-Job"-Zuverdienst erhalten, als Nettolohn mit Arbeitsvertrag ausgezahlt werden. Die Partei will einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 1400 Euro brutto im Monat einführen und den Kündigungsschutz beibehalten. Die Gegenfinanzierung bleibt offen. Die durchschnittliche, gesetzliche Arbeitszeit soll auf 40 Stunden pro Woche begrenzt werden.

Rente Immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen: bei der Rente sind kaum Lösungen in Sicht.

SPD Ziel ist das faktische Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Der Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge soll weiter gefördert werden.

CDU Ab 1.01.2007 sollen Eltern von neugeborenen Kindern eine Ermäßigung in der Rentenversicherung bekommen: pro neugeborenem Kind monatlich 50 Euro, bis die Kinder das zwölfte Lebensjahr erreicht haben. Als Finanzierung des Bonus ist die Abschaffung der Eigenheimzulage vorgesehen. Die Union will kürzere Ausbildungszeiten und einen früheren Berufseintritt. Und mittelfristig soll das Renteneintrittsalter schrittweise erhöht werden.

Bündnis 90 Die Grünen

Die private Rentenvorsorge soll staatlich gefördert werden. Die Grünen wollen einen neuen Generationenvertrag, nennen im Wahlprogramm aber keine konkreten Details.

Die FDP will das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 Jahren beibehalten. Der Rentenbeitrag soll nicht höher sein als 19 Prozent, die Renten sollen nicht gekürzt werden.

Die Linkspartei. PDS

Die Mindestrente für jeden soll monatlich 800 Euro betragen. Die Linkspartei* will die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung für alle Berufsgruppen umwandeln. Menschen mit höherem Einkommen sollen aus Solidaritätsgründen mehr Rentenbeiträge zahlen, ohne damit ihre Ansprüche proportional zu steigern.

Gesundheit Das Gesundheitssystem soll umgekrempt werden: Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie - das ist die Frage.

Die SPD will die Krankenversicherung in eine "Bürgerversicherung" umwandeln. Dabei muss jede Krankenkasse – egal ob privat oder gesetzlich – jeden ohne

conventions salariales

Bündnis, das sse : alliance, pacte
Verabschieden voter
Regelung, die réglementation
Belegschaft, die en: personnel d'une
entreprise

Zugehörigkeit, die appartenance

Auflösen dissoudre
Bundesagentur für Arbeit correspond à
notre ANPE
Auf +acc auf/teilen répartir sur

Etw rückgängig machen: revenir sur, résilier
Mietzuschuß, der ü-e: aide au logement
Erhalten, ä.ie,a: obtenir
Ein/führen introduire
Durchschnittlich: moyen

Rente, die retraite
Lösung, die solution
In Sicht: en vue

Zusätzlich supplémentaire
Altersvorsorge, die: ici assurance –vie /
fonds de retraite
Kapitalgedeckt : couvert par un capital
Fördern: promouvoir, soutenir
Ermäßigung, die réduction
Rentenversicherung, die assurance
viellesse (privé)
Abschaffung, die suppression
Eigenheim, das e: propriété privée
Zulage, die allocation
Mittelfristig à moyen terme
Erhöhen augmenter

Bei/behalten, ä,ie,a: conserver
Kürzen: diminuer

Betragen ä.u,a: se monter à

Erwerbstätige, der l' actif (qui travaille)

Steigern augmenter

Um/krempleln : retrousser (ses manches),
réorganiser, changer de fond en comble

Krankenkasse, die caisse d'assurance de
maladie
Kapitalertrag, der ä-e : revenu des capitaux

Ansehen des Risikos versichern. Die Krankenkassenbeiträge sollen sich am Einkommen orientieren. Dabei werden in Zukunft Löhne, Gehälter und Renten zur Finanzierung herangezogen sowie Kapitalerträge. Mieten und Pachten werden aber nicht verrechnet. In der Bürgerversicherung sollen wie bisher Familienmitglieder ohne Einkommen mitversichert sein. Außerdem soll auch die Pflegeversicherung zu einer "Pflege-Bürgerversicherung" ausgebaut werden.

CDU und CSU wollen eine "solidarische Gesundheitsprämie" einführen. Das heißt, jeder Erwachsene zahlt denselben konstanten und einkommensunabhängigen Beitrag an die Krankenkasse. Der Beitrag, dessen Höhe im Wahlprogramm nicht genannt ist, wird bei niedrigen Einkommen teilweise durch einen sozialen Ausgleich finanziert. Auch der Arbeitgeber zahlt einen festgeschriebenen Beitrag an die Krankenkassen. Bei Rentnern sollen die Rentenversicherungen den Arbeitsgeberanteil zahlen. Kinder sollen beitragsfrei – weil durch Steuermittel finanziert – versichert werden. Außerdem will die Union den Wettbewerb unter den Krankenkassen verstärken. Bei der sozialen Pflegeversicherung wollen CDU und CSU in der ersten Legislaturperiode damit beginnen, eine Kapitaldeckung einzuführen.

Die Grünen wollen die Kranken- und die Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung umwandeln, in die jeder gemäß seines Einkommens einzahlt. Die Leistungssätze der künftigen Pflege-Bürgerversicherung sollen an die Preisentwicklung angepasst werden.

Die FDP will die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen abschaffen. Jeder Bürger soll sich privat versichern und selbst bestimmen, welche Versicherung er außer einem künftig verpflichtenden Mindestschutz haben möchte. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von Kindern und sozial Schwachen sollen über Steuern finanziert werden.

Die Linkspartei* möchte eine "solidarische Bürgerversicherung" einführen, die alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Kranken-, und Pflegeversicherung einbezieht.

Außenpolitik Bei der Bundestagswahl 2005 sind die innenpolitischen Themen Trumpf - aber ein Blick auf die Außenpolitik lohnt sich.

Die SPD wünscht sich einen Sitz für Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Partei ist dafür, die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Krisenregionen fortzusetzen. Außerdem sollen die Zivilen Friedensdienste und die Friedens- und Konfliktforschung weiter ausgebaut werden. Ein Ziel für die SPD bleibt, den Verfassungsvertrag der Europäischen Union europaweit zu unterzeichnen. Die SPD warnt vor Wortbrüchen gegenüber Bulgarien, Rumänien und der Türkei: die Beitrittsverhandlungen sollen weitergeführt bzw. aufgenommen werden.

CDU und CSU wollen das transatlantische Bündnis mit den USA stärken und gleichzeitig ein enges Verhältnis zu allen Staaten der Europäischen Union pflegen – nicht nur zu Frankreich. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen fortgeführt werden. EU-Regelungen will die Partei künftig nur noch eins zu eins in nationales Recht umgesetzt sehen. Die Union ist gegen einen EU-Beitritt der Türkei und stattdessen für eine "privilegierte Partnerschaft" zwischen beiden Ländern. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien sollen beginnen, wenn die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof sicher gestellt ist.

Die Grünen sind für eine Reform des UN-Sicherheitsrats und für einen ständigen Sitz Deutschlands in diesem Rat. Die Bundeswehr soll weiterhin an Auslandseinsätzen in Krisenregionen teilnehmen, aber nur im Einklang mit den Zielen und Regeln der Vereinten Nationen. Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden und durch einen freiwilligen, flexiblen Kurzdienst ersetzt werden. Die Partei will ein

Pacht die e : gérance, fermage
Pflege, die soin

Unabhängig : indépendant de
Ausgleich, der e: compensation

Steuer, die n: impôt
Wettbewerb, der concurrence
Verschärfen accentuer

Leistung, die en prestation
An +acc an/passen: adapter à

Bestimmen : déterminer
Verpflichtend obligatoire

Ein/führen introduire
Ein/beziehen o,o : inclure

Sich lohnen: valoir le coup

Sicherheitsrat, der ä-e conseil de sécurité
Die UNO l'O.N.U.
Bundeswehr, die armée
Ausland, das les pays étrangers
Einsatz, der ä-e: intervention
Fort/setzen: poursuivre
Unterzeichnen: signer
Vor +dat warnen: prévenir contre
Beitrittsverhandlung, die : négociation
d'entrée

Stärken renforcer
Gleichzeitig simultanément

Strafgerichtshof, der e: cours internationale

Ständig ici permanent

An +dat teil/nehmen i,a,o: participer à

Europäisches Ziviles Friedenskorps ausbauen und eine Agentur für Ziviles Krisenmanagement und Abrüstung einrichten. Der Export von Rüstungsgütern in Deutschland und der EU soll begrenzt und parlamentarisch kontrolliert werden. Die Grünen sind gegen die Aufhebung des Waffenembargos gegen China. Die Partei ist gegen das Herkunftslandprinzip der EU-Dienstleistungsrichtlinie und für die Reform der europäischen Agrarpolitik. Über die EU-Verfassung soll noch einmal europaweit abgestimmt werden. Einem Beitritt der Türkei stehen die Grünen grundsätzlich offen gegenüber - vorausgesetzt, das Land erfüllt die Beitrittsbedingungen.

Die FDP will die transatlantische Partnerschaft pflegen. Deutschland soll als Mittler zwischen Amerikanern und Franzosen agieren. Die Partei hält einen ständigen Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat für die "beste Lösung", stellvertretend würde sie die Bemühungen um einen ständigen Sitz Deutschlands fortsetzen. Die FDP will die Wehrpflicht abschaffen und aus der Bundeswehr eine "hochspezialisierte Freiwilligenarmee" machen.

Die Linkspartei* bekennt sich zur grundsätzlich Europäischen Union. Sie will gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen. Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie lehnt die Partei ab. Statt eine europäischen Rüstungsagentur will die Partei eine "Agentur für Abrüstung und Konversion" gründen. Die Linkspartei ist gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch gegen Einsätze unter EU-Flagge. Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden und die Bundeswehr soll nur noch eine Personalstärke von 100.000 haben.

Bildung und Forschung Goethe, Einstein oder Nietzsche - Deutschland braucht mehr Bildung. Je früher desto besser finden die Politiker

Die SPD: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen – zu einem Drittel finanziert vom Staat, zu zwei Dritteln von der Wirtschaft. In Kindertagesstätten sollen einheitliche Bildungsstandards eingeführt werden. Mit dem Ganztagschulprogramm will die SPD den Bundesländern rund vier Milliarden Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung stellen. Das Erststudium soll gebührenfrei bleiben. Das BaföG soll bestehen bleiben und nicht in ein Vollدارlehen umgewandelt werden.

Das Ziel der **Union** ist es, ab 2010 jährlich einen Anteil von drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren. Zusätzlich zur bereits beschlossenen "Exzellenzinitiative" – das heißt also zusätzlich zu der 1,9 Milliarden Euro schweren Förderung von Spitzenstudiengängen und Elite-Universitäten - soll eine Milliarde Euro in Forschung und Entwicklung fließen. Die Förderung soll durch den Abbau von Subventionen finanziert werden. Die Universitäten sollen Studiengebühren erheben dürfen.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen bis 2010 auf drei Prozent des BIP steigen. **Die Grünen** wollen ein kostenfreies Vorschuljahr einführen, um alle Kinder besser auf den Schuleintritt vorzubereiten. Das dreigliedrige Schulsystem soll abgeschafft werden, stattdessen setzt die Partei auf Ganztagschulen. Erzieherinnen sollen in Zukunft an der Fachhochschule ausgebildet werden. Die Partei favorisiert zinsgünstige Bildungskredite und staatlich gefördertes "Bildungssparen", das ähnlich wie Bausparen funktioniert. Das Erststudium soll gebührenfrei bleiben und das BaföG verbessert werden. Für junge Wissenschaftler soll es einen flexiblen Tarifvertrag geben.

Die FDP setzt einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung. Sie will bundesweite Bildungsstandards für Tageseinrichtungen in der Kinderbetreuung. In der Vorbereitung auf die Schule sollen bei den Kindern außerdem Sprachtests durchgeführt werden. Außerdem will die Partei den Schuleintritt mit fünf Jahren. Die FDP ist für Studiengebühren und für mehr Autonomie und Wettbewerb der Hochschulen untereinander.

Ziel, das e : but
Die Vereinten Nationen : les Nations-Unies
Wehrpflicht, die service militaire obligatoire
Ersetzen: remplacer
Dienst, der e : service
Abrüstung, die désarmement
Ein/richten: installer, organiser, aménager
...

Rüstung, die armement
Güter, die les marchandises
Begrenzen limiter
Waffe, die n : arme
Ab/stimmen: voter

sich zu +dat bekennen, a.a: ici se déclarer pour qc
Gründen fonder

Ausgabe, die n.n : dépense
Bruttoinlandsprodukt, der : le PIB
Wirtschaft, die en économie

Kindertagesstätte, die ici lieu d'accueil pour les enfants (cf crèche)
Einrichtung, die aménagement
Gebührenfrei : sans frais
BaföG, das : bourse d'étude
Vollدارlehen, das ici crédit à rembourser dès le premier emploi

Förderung, die : promotion
Studiengang, der à-e cursus universitaire
Abbau, der ici suppression
Studiengebühr, die en: frais d'inscription de scolarité pour les études

Ausgabe, die n: dépense
Ganztagschule, die : école toute la journée comme en France
Erzieher, der /in,innen : éduqueur
Zins, die en : intérêt
Günstig favorable
Bausparen, das : prêt d'aide au logement

Kinderbetreuung, die ici la garde d'enfant et l'éducation
Einen Schwerpunkt auf +acc setzen: point fort, capital

Die Linkspartei* will die Ausgaben für das Bildungswesen auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anheben. Das dreigliedrige Schulsystem soll abgeschafft werden, stattdessen sollen die Schüler bis zur 10. Klasse in eine Gemeinschaftsschule gehen. Das Studium soll gebührenfrei sein.

Energie: Öl und Gas sind knappe Ressourcen. Als Alternativen stehen erneuerbare Energien und Atomkraft zur Debatte.

Ziel der **SPD** ist es, dass Deutschland bis 2010 20 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investiert und industrieller Weltmarktführer für Solar- und Windkrafttechnologie wird. Die Partei hält an den vereinbarten Subventionen für den Steinkohleabbau fest sowie am Ausstieg aus der Atomkraftgewinnung. Die Energieversorgung soll durch klimaverträgliche Kohlekraftwerke, Gas, Biomasse und Strom aus verschiedenen erneuerbaren Energien gewährleistet werden.

CDU und CSU wollen eine gemischte Energieversorgung für Deutschland: Erdöl, Kohle, Gas, Atomkraft sowie Biomasse, Wasser-, Wind-, und Sonnenenergie. Regenerative Energien sollen mindestens 12,5 Prozent der Stromversorgung ausmachen, aber weniger subventioniert werden als bisher. Die deutschen Kernkraftwerke sollen längere Laufzeiten haben als bisher geplant.

Die **Grünen** wollen den Ausstieg aus der Atomenergie und weg von der Erdöl-Energieversorgung. Energie soll zunehmend aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme gewonnen werden. Ziel für 2020 ist es, je ein Viertel der heutigen Stromversorgung, der Wärmenutzung, des Kraftstoffverbrauchs und der produzierten Güter der Chemischen Industrie in Deutschland aus erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen herzustellen. Die Kohlesubventionen sollen reduziert, und bis 2012 ganz abgebaut werden. Die Emission von Treibhausgasen soll bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden - die EU fordert nur 30 Prozent Senkung. Die Grünen haben mit Abstand den längsten Katalog mit Forderungen zum Umwelt- und Verbraucherschutz.

Die **FDP** will Subventionen für Steinkohle und erneuerbare Energien abbauen. Die europäischen Strom- und Gasmärkte sollen stärker liberalisiert werden. Ihre Regulierung sollte ausschließlich wettbewerbsorientiert sein, fordert die FDP. Sie setzt wie die Union auch auf Kernkraft.

Die **Linkspartei*** will einen "kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie". Bis 2050 soll die Energieversorgung in Deutschland komplett aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden.

Bildungswesen, das l'enseignement

Erneubar: renouvelable

Steinkohleabbau, der : exploitation de houille

Versorgung, die en: approvisionnement
Kohlekraftwerk, das e: centrale thermique
Strom, der e: courant
Gewährleisten: garantir

Kraftstoff, der carburant, combustible
Verbrauch, der e: consommation
Nachwachsende Rohstoffe: matières premières renouvelables

Treibhausgas, das e: gaz à effet de serre
Forderung, die en: demande, revendication, exigence
Schutz, der protection

Ausschließlich exclusivement

Kurzfristig: à court terme
Quelle, die n: source

Vokabeln aus den Programmtexten

Ab/lehnen refuser

Abschaffung, die suppression

Altersvorsorge, die: ici assurance -vie / fonds de retraite

An/steigen ie, ie, sein augmenter

Arbeitgeber, der employeur

Arbeitnehmer, der employé

Arbeitsvertrag, der ä-e : contrat de travail

Auf +acc Anspruch, der ü-e ici le droit (social)

Auf +acc auf/teilen répartir sur

Auf/heben, o,o supprimer

Auf/lösen dissoudre

Aufsichtsrat, der ä-e: conseil d'administration

Befristet à durée déterminé

Bei/behalten, ä,ie,a: conserver

Beitrag, der ä-e contribution,, cotisation

Ab/stimmen: voter

Abbau, der ici suppression

Abrüstung, die désarmement

An +acc an/passen: adapter à

an +dat teil/nehmen i,a,o: participer à

Ausgabe, die n.n : dépense

Ausgabe, die n: dépense

Ausgleich, der e: compensation

Ausland, das les pays étrangers

Ausschließlich exclusivement

BaföG, das : bourse d'étude

Bausparen, das : prêt d'aide au logement

Begrenzen limiter

Beitrittsverhandlung, die : négociation d'entrée

Bestimmen : déterminer

Bildungswesen, das l'enseignement

Belegschaft, die en: personnel d'une entreprise	Bruttoinlandsprodukt, der : le PIB
Beschäftigte, der ici employé	Bundeswehr, die armée
Besteuerung, die fiscalisation	Die UNO l'O.N.U.
Betrag, der ä-e: somme	Die Vereinigten Nationen : les Nations-Unies
Betragen ä.u,a: se monter à	Dienst, der e : service
Betrieb, der entreprise	Ein/beziehen o,o : inclure
Betriebsrat, der ä-e : comité d'entreprise	Ein/führen introduire
Betroffen sein: être concerné	Ein/richten: installer, organiser, aménager ...
Bundesagentur für Arbeit correspond à notre ANPE	Einen Schwerpunkt auf +acc setzen: point fort, capital
Bündnis, das sse : alliance, pacte	Einrichtung, die aménagement
Dienstleistung, die en service	Einsatz, der ä-e: intervention
Durchschnittlich: moyen	Erneubar: renouvelable
Eigenheim, das e: propriété privée	Ersetzen: remplacer
Ein/führen introduire	Erzieher, der /in,innen : éducateur
Ein/greifen, ie, ie intervenir	Forderung, die en: demande, revendication, exigence
Ein/schränken limiter	Förderung, die : promotion
Einheitlich unifié	Fort/setzen: poursuivre
Einkommen, das revenu	Ganztagsschule, die : école toute la journée comme en France
Erhalten, ä.ie,a: obtenir	Gebührenfrei : sans frais
Erhöhen augmenter	Gewährleisten: garantir
Erloschen, i, o, o: s'éteindre	Gleichzeitig simultanément
Ermäßigung, die réduction	Gründen fonder
Erwerbstätige, der l' actif (qui travaille)	Günstig favorable
Etw rückgängig machen: revenir sur, résilier	Güter, die les marchandises
Etw senken: baisser (les prix, les coûts..)	Kinderbetreuung, die ici la garde d'enfant et l'éducation
Fördern: promouvoir, soutenir	Kindertagesstätte, die ici lieu d'accueil pour les enfants (cf crèche)
Gehalt, das ä-er traitement	Kohlekraftwerk, das e: centrale thermique
Gesetzlich légal	Kraftstoff, der carburant, combustible
Im Einklang mit +dat en harmonie avec	Kurzfristig: à court terme
In Sicht: en vue	Leistung, die en prestation
Jn ein/stellen embaucher	Nachwachsende Rohstoffe: matières premières renouvelables
Kapitalertrag, der ä-e : revenu des capitaux	Pflege, die soin
Kapitalgedeckt : couvert par un capital	Quelle, die n: source
Krankenkasse, die caisse d'assurance de maladie	Rüstung, die armement
Kündigungsschutz, der protection contre le licenciement	Schutz, der protection
Kündigungsschutz, der protection contre le licenciement	Sich lohnen: valoir le coup
Kürzen: diminuer	sich zu +dat bekennen, a,a: ici se déclarer pour qc
Lebenshaltungskosten, die coût de la vie	Sicherheitsrat, der ä-e conseil de sécurité
Lohnnebenkosten, die les charges salariales	Ständig ici permanent
Lösung, die solution	Stärken renforcer
Maßstab, der ä-e: critère	Steinkohleabbau, der : exploitation de houille
Mietzuschuß, der ü-e: aide au logement	Steuer, die n: impôt
Mindestlohn, der ö-e salaire minimum	Strafgerichtshof, der e: cours pénale internationale
Mitbestimmung, die: cogestion	Strom, der e: courant
Mittelfristig à moyen terme	Studiengang, der ä-e cursus universitaire
Pacht die e : gérance, ferme	Studiengebühr, die en: frais d'inscription de scolarité pour les études
Regelung, die réglementation	Treibhausgas, das e: gaz à effet de serre
Rente, die retraite	Unabhängig : indépendant de
Rentenversicherung, die assurance vieillesse (privé)	Unterzeichnen: signer
Satz, der ä-e le taux	Verbrauch, der e: consommation
Steigern augmenter	Verpflichtend obligatoire
Tarifverhandlung, die négociation sur les conventions salariales	Verschärfen accentuer
Tarifvertragsparteien, die les partenaires des conventions collectives	Versorgung, die en: approvisionnement
Um/krempeln : retrousser (ses manches), réorganiser, changer de fond en comble	Vollkredit, das ici crédit à rembourser dès le premier emploi
Verabschieden voter	Vor +dat warnen: prévenir contre
Vereinbaren conclure	Waffe, die n: arme
Vertretung, die représentation	
Von +dat ab/weichen, i,i, sein: dévier de, s'éloigner de	

Zugehörigkeit, die appartenance
Zulage, die allocation
Zur Verfügung stellen: mettre à disposition
Zusätzlich supplémentaire

Wehrpflicht, die service militaire obligatoire
Wettbewerb, der concurrence
Wirtschaft, die en économie
Ziel, das e : but
Zins, die en : intérêt

Lesen Sie diesen Text zu Hause. Machen Sie eine Vokabelliste. Sie bekommen im Seminar Fragen dazu! Die Beiträge werden benotet werden!

benotet

DIE ZEIT

33/2005

Für immer links

Progressive Jugendliche – sie sind abgeklärt, sie haben keine Idole, sie folgen dem Beispiel ihrer Eltern. Sie möchten noch immer eine bessere Welt. Und haben Angst vor ihrer eigenen Zukunft

Von Adam Soboczynski

Achtzig Jugendliche in der Hamburger Innenstadt, auf dem Gänsemarkt, ziehen sich an den Haaren, schubsen sich, schlagen sich die Gesichter ein, bis sie schließlich erschöpft zusammensacken. Fünf Minuten lang bleiben sie auf dem nackten Asphalt liegen. Einige von ihnen sind Punks, auf ihre Jeansjacken ist ein roter Stoffstern genäht, ihre Haare sind verfilzt, grün oder rot gefärbt. Andere scheinen der ökologischen Bewegung zu entspringen, tragen Strickpullis. Ein kräftiger Junge sitzt auf einer Empore, brüllt in ein Megafon: »Es ist das Jahr 2010. Die Menschen kämpfen um den einzigen Arbeitsplatz. Wer gewinnt, der darf 72 Stunden die Woche arbeiten und kriegt 1 Euro die Stunde.« Er hat ein Banner entrollt. »Job Wars IV« steht drauf, im Hintergrund läuft die Filmmusik von Star Wars. Niemand von ihnen hat sich verletzt, sie haben lange trainiert, damit es aussieht, als würde es wehtun, sie haben geübt, um das trickreiche Ausweichen wie einen Volltreffer erscheinen zu lassen. Schließlich stehen sie auf, skandieren: »Weg mit Hartz IV!« Immer wieder. Es sind 15- bis 25-jährige Mitglieder der Linkspartei-nahen Jugendorganisation solid.

Einzelne Passanten sind stehen geblieben, mit Schirmen, es hat geregnet. Sie haben sich das Schauspiel amüsiert angesehen und sich dann schnell wieder in den umliegenden Fußgängerzonen verstreut. Polizeioberkommissar Krause, 49, wachte über die öffentliche Ordnung. »Wir haben das Gefährdungspotenzial als niedrig eingestuft«, sagt er nach dem Schauspiel. Der unteretzte Polizist trägt einen mächtigen Schnauzbart, ist seit 30 Jahren im Dienst, erzählt, wie es einst zu heftigen Auseinandersetzungen kam zwischen Staatsmacht und Punks, vor allem in den Achtzigern. Die hier, die seien ganz höflich und hätten ja auch Recht, es gäbe kaum Jobs, und sein Sohn, der wisse ja auch nicht, wie er nach der Bundeswehrzeit einen Arbeitsplatz finden soll, und einen Flyer hat er sich geben lassen von der Jugend, die sich prügeln und die sich sozialistisch nennt. Pippi Langstrumpf ist darauf abgebildet, unter dem Bild steht: »Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.« Die finde er gut, sagt Krause, diese kleinen Aktionen, die seien ein Anfang, und dann sagt noch, er wolle nicht, dass sein Vorname in der Zeitung erscheint, Krause, das gehe, Krause heiße hier jedermann.

Nach dem Tagesausflug nach Hamburg, dem »local action day«, sind die jungen Linken wieder ins Camp gefahren. Mit dem Zug, die 60 Kilometer nach Einhaus, einem Dorf in Schleswig-Holstein, auf ihren kleinen, abgelegenen Zeltplatz. Es hat die ganze Woche geregnet; um im Ratzeburger See zu schwimmen, der sich an den Zeltplatz schmiegt, war es zu kalt. Jetzt reißt die Wolkendecke kurz auf. Marco Heinig, 23, aus Neubrandenburg läuft barfuß über die nasse Wiese, er ist ein wenig müde, er hat das Tagungsprogramm entworfen, das Camp organisiert, einige Veranstaltungen geleitet im großen Diskussionszelt. Es gab Wein (Chianti), es gab Bier (Oettinger), aber es wurde auch gearbeitet. In Seminaren sprachen sie darüber, dass das Brennen von CDs unfair sei, wegen der Musiker; warum Großkonzerne Arbeitsplätze ins Ausland verlagern und Kaffee fair gehandelt werden sollte. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Gleichberechtigung der Geschlechter standen ebenfalls auf dem Programm.

Die Kapitalismuskritik – wer bringt sie nicht mit den Studentenprotesten der Achtundsechziger in Verbindung? Den fair gehandelten Kaffee – wer fühlt sich nicht an die Grünen der achtziger Jahre erinnert? Und auch die Insignien der Gruppenzugehörigkeit, die Punkfrisuren und die dicken Socken der ökologischen Bewegung, scheinen ein beharrliches Nischendasein zu führen. Links, denkt man kurz, war das nicht der Aufbruch in eine neue Welt, als junge Arbeiter im Wilhelminischen Reich um politische Partizipation kämpften? Oder als eine Generation sich radikal absetzte von den Eltern, den Mitläufern in der Nazizeit? Weshalb erscheint die linke Jugendwelt heute so altvertraut?

Marco Heinig, der in Berlin Geschichte und Philosophie studiert und der sehr neutral gekleidet ist, ein schwarzes Hemd, Jeans, die blonden Haare zum Zopf gebunden, sagt, er glaube nicht mehr an Lebensläufe wie die der Achtundsechziger. Damals, »als man glaubte, die Welt neu zu erfinden und dann den langen Weg der Anpassung vollzog, bis man sich schließlich einen Benz kaufte und genauso angepasst war wie alle andern.« So wolle er nie werden, nie werden wie die Grünen. Und er habe keinen Anlass, seine Eltern zu bekämpfen, seine Mutter sei Kosmetikerin, und sein Vater arbeite bei einem Telekommunikationsunternehmen. Die linke Überzeugung sei keine Reaktion auf ein »miefiges Elternhaus«, sondern auf die rechte Szene in Neubrandenburg, wo er aufgewachsen ist. Die müsse bekämpft werden, da sei er sich mit seinen Eltern einig. Links sein heute, sagt Marco Heinig, bedeute dennoch viel stärker als früher, seine politische Überzeugung »in sich selbst zu finden«.

Das Feindbild vom Kapitalisten mit dicker Zigarre ist ausgestorben

Gegen einen Kapitalismus zu kämpfen, der alle individuellen Handlungsspielräume vernichte, sei schwierig. Der Feind sei unsichtbar geworden durch die Globalisierung. Es gebe nicht mehr den Kapitalisten mit dicker Zigarre, den man als Gegenbild habe. Viele seiner Freunde in Berlin machten Praktika in der Medienbranche oder in kleinen Start-up-Unternehmen. »Da wird sich dann geduzt, und es wird suggeriert, man sitze gemeinsam in einem Boot. In Wirklichkeit haben die Horden von Praktikanten nur wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt.« Marco Heinig sagt solche Sätze sehr ruhig, sehr abgeklärt, er würde gern später im »politischen Bildungsbereich« arbeiten, er sagt, es werde schwer, einen Job zu finden.

Julian Plenefisch, 23, und Katharina Dahme, 19, sind ein Paar. Auf die Frage, ob er politische Idole habe, zuckt Plenefisch mit den Schultern. Er trägt einen Kapuzenpulli. Idole, nein, er grinst, er wisse, der Reporter lauwere nur auf linke Klischees, erwarte als Antwort die sozialistischen Helden Karl Marx, Rosa Luxemburg oder Che Guevara. »Idole habe ich nicht mehr«, sagt er, es gebe Menschen, die wichtig seien, klar, »wie Katharina«, seine Freundin, die daraufhin etwas genervt mit den Augen rollt. Na ja, und natürlich sein Vater, durch ihn wurde er politisch. Er kam aus Baden-Württemberg, sei dann in den sechziger Jahren wegen des drohenden Militärdiensts nach Berlin gegangen. »Ein typischer Achtundsechziger«, sagt Julian Plenefisch, noch heute verstehe sich sein Vater als Marxist, er sei in der Studentenbewegung gewesen, habe sich später dann als Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft engagiert. Julian Plenefisch glaubt, dass die Linke derzeit zu Recht als Bewahrer von sozialen Errungenschaften wahrgenommen wird. Dass sie damit häufig als konservativ, als rückständig erscheint, das stört ihn nicht.

Aber reicht es aus, nur negative Antworten auf die Frage zu kennen, wie das Versprechen nach einer besseren, gerechteren Welt möglich sei? Nicht mit Hartz IV, nicht mit Umverteilung von unten nach oben, nicht mit Gerhard Schröder! Das sei doch albern, erwidert Julian Plenefisch, wenn er als veraltet gebrandmarkt wird, nur weil er etwas erhalten möchte, wofür andere Generationen erfolgreich gekämpft haben. Auf jeden Fall wolle er nicht dem dummen Spruch folgen, der besagt, dass man mit 20 links sein müsse, wenn man ein Herz habe, aber wenn man auch mit 30 noch links sei, fehle einem der Verstand. Die heutigen Linken würden von Anfang an längerfristig denken.

Das Idol von Julians Freundin, von Katharina Dahme, ist ihre Mutter. Alleinerziehend war sie, und sie bewundere, wie sie das vereinbart habe, den Job und ein Kind, diese Kraft, die würde sie gern erben. Ihre Mutter sagt, in der DDR, da war auch nicht alles schlecht. Katharina Dahme sagt, sie könne das nicht beurteilen, aber dass es alleinerziehenden Müttern in diesem Land bald deutlich besser gehen müsse. Dafür wolle sie kämpfen.

Vielleicht wirken sie deshalb so alt, weil die Probleme so alt sind

Solid wurde 1999 als parteinahe Jugendorganisation der PDS gegründet. Ihr westdeutsches Pendant sind die Jungdemokraten, die es seit 1919 gibt. Sie waren die linke Jugendorganisation der FDP, spalteten sich jedoch 1982 mit dem Bruch der sozialliberalen Koalition von der Partei ab. Seither sind sie parteiunabhängig. Auch sie sind auf dem Campingplatz, etwas abseits von solid haben sie ihre Zelte aufgeschlagen. Kolja Möller, 21, sagt, das Zelten gehe ihm gehörig auf die Nerven, dieser weite Weg zum Klo. Er trägt ein kariertes Hemd, eine Sonnenbrille und Nike-Turnschuhe. Es werde Zeit, dass die Linke »ihre traditionellen, symbolischen Zuschreibungen abstreift«. Kolja Möller meint die Folklore um Sowjetsterne, platte Parolen, die ums böse Kapitel kreisen, die »ranzigen« Punks, das vegane Essen. Das wirke manchmal etwas abgestanden. Die linken Jugendgruppen seien noch immer zu sektiererisch, glaubt er.

Und zu zersplittert: Solid ist vor allem im Osten verankert, die Jungdemokraten, die Jungsozialisten von der SPD und die Grünen Jugend gibt es überwiegend im Westen, neuerdings auch erste Jugendverbände der WASG. Und alle seien zwar als Organisationen bei Attac Mitglied, dem globalisierungskritischen Dachverband, der sich seit den Protesten während des G8-Gipfels in Genua etablierte. Doch untereinander habe man noch zu viele Berührungängste, glaubt Kolja Möller. Dabei habe es doch die PDS mit der WASG vorgemacht, dass ein neues Linksbündnis möglich sei. Auch die jungen Linken müssten Globalisierungskritiker, junge Gewerkschafter und »irgendwelche Trotzkiten« stärker als bisher bündeln. Im Erscheinungsbild solle sich die junge Linke allerdings reformieren. Und vor allem nicht zu oft zelten.

Kolja Möller studiert in Frankfurt am Main Politik, Philosophie und Jura. Seine Mutter, eine Lehrerin, ist »seit Urzeiten in der SPD«. Wie bei den meisten auf dem Zeltplatz ist auch in seiner Familie der große Generationenkonflikt ausgeblieben. Das Elternhaus sozialisierte sie politisch, gab die politischen Ideale bereits vor. Das Problembewusstsein im globalisierten Kapitalismus, der den deutschen Arbeitsmarkt erreicht, ist hinzugekommen. Und vielleicht wirken die Jugendlichen auch deshalb so erwachsen, weil die Probleme so alt sind, die Ungerechtigkeit, der Hunger in Afrika, die Umweltverschmutzung.

Und als einmal mehr sich ein heftiger Regenschauer ergießt und alle in ihre Zelte flüchten, da denkt man kurz, dass die linke Jugend, der man immer den Fortschritt und das Progressive zuschrieb, womöglich gar kein Lebensabschnitt ist, sondern eine Haltung, die in die Jahre gekommen ist. Die junge Linke erscheint heute so alt wie ihre Eltern. Und womöglich ist sie nur deshalb so reformresistent – so sehr dem Punk der Achtziger, der Ökologiebewegung der Grünen, dem Gerechtigkeitsethos der Achtundsechziger verpflichtet –, weil sie sich damit der kapitalistischen Verwertbarkeit entzieht. Mit einer Jugend, die sich den Idealen ihrer Eltern anschmiegt, lässt sich kein Heldenepos erzählen. Auch Hollywoodfilme, wie es sie über die Generation X gab, lassen auf sich warten. Und falls man nicht Linkspartei-Politiker wird, lässt es sich mit dem lässigen Habitus eines Philosophie-Studenten auch beruflich nicht mehr durchstarten. Die smarten High-Potentials der CDU/CSU- und FDP-Jugend haben phänotypische Vorteile. Und während noch die älteren Linken im Osten eine – wenn auch magere – Rundumversorgung mit Jobgarantie genossen und die Achtundsechziger Lehrer auf Lebenszeit wurden, kriecht die Angst in die Zelte der Jüngeren. Angst vor der Zukunft. Womöglich ist sie es, die die alten von den jungen Linken trennt.

Im Auftrag des Deutschen Bundestages haben wir dieses Planspiel entwickelt, bei dem die Teilnehmenden für vier Stunden in die Rolle von Bundestagsabgeordneten schlüpfen und den Entstehungsprozess eines Gesetzes nachvollziehen. Auf diese Weise werden parlamentarische Abläufe direkt erlebbar und transparent.

„Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“ ist inzwischen regulärer (optionaler) Bestandteil des Besucherprogramms des Deutschen Bundestages. Außerdem ist es in der Reihe „Bundestag macht Schule“ erschienen und kann dann kostenlos zum Einsatz an Schulen bezogen werden.

Die Besonderheit dieses Planspiels beruht in seiner großen Flexibilität - es kann für Gruppengrößen von 15 bis 50 Personen und zu verschiedenen inhaltlichen Themen eingesetzt werden.